



**Lokaler Aktionsplan
für Toleranz und Demokratie gegen
Gewalt, Rechtsextremismus und
Fremdenfeindlichkeit
für die Landeshauptstadt Potsdam**



camino

Werkstatt für Fortbildung, Praxisbegleitung
und Forschung im sozialen Bereich gGmbH

Lokaler Aktionsplan für Toleranz und
Demokratie gegen Gewalt,
Rechtsextremismus und
Fremdenfeindlichkeit
für die Landeshauptstadt Potsdam

Erstellt durch Camino – Werkstatt für Fortbildung,
Praxisbegleitung und Forschung im sozialen Bereich
gGmbH im Auftrag der Stadt Potsdam

Berlin/Potsdam 2001

Die Erstellung des Aktionsplans wurde finanziert durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend im Rahmen des Programms „Entwicklung und Chancen junger Menschen in sozialen Brennpunkten“ (E & C).

Impressum

Camino – Werkstatt für Fortbildung, Praxisbegleitung und Forschung
im sozialen Bereich gGmbH
Scharnhorststraße 5
10115 Berlin
Telefon (030) 786 29 84
Fax (030) 785 00 91
E-Mail mail@camino-werkstatt.de
www.camino-werkstatt.de
Fotos: Paul Glaser, Silva Wischeropp
Satz: Britta Ommerborn
Druck: solid earth

Inhalt

Einleitung	5
1 Situationsanalyse: Rechtsextreme und fremdenfeindliche Aktivitäten in Potsdam	8
1.1 Organisierter Rechtsextremismus	8
1.2 Rechtsextreme Subkultur	11
1.3 Fremdenfeindlichkeit, Diskriminierung und Ausgrenzung	13
1.3.1 Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierung im öffentlichen Alltag	14
1.3.2 Strukturelle Bedingungen der Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierung	16
1.3.3 Integrationshindernisse durch Behörden und Institutionen	19
1.4 Manifeste Rechtsextremismus in Form von Gewalt- und Straftaten	21
2 Ressourcen gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Gewalt	26
2.1 Polizei	28
2.2 Ausländerarbeit/Flüchtlingsarbeit	28
2.3 Weitere Initiativen und Interessenvertretungen	30
2.4 Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit	31
2.5 Schule	34
3 Ziele	36
4 Maßnahmen	38
4.1 Maßnahmen gegen organisierten Rechtsextremismus und rechtsextreme Subkultur	38

4.2	Maßnahmen gegen Fremdenfeindlichkeit und Alltagsrassismus	40
4.2.1	Maßnahmen zum Abbau von Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierung im öffentlichen Raum	40
4.2.2	Maßnahmen zur Veränderung der strukturellen Bedingungen von Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierung	43
4.2.3	Maßnahmen zum Abbau von Diskriminierung und Integrationshindernissen durch Potsdamer Behörden und Institutionen	44
4.3	Maßnahmen gegen rechte Gewalt und Straftaten	45
4.3.1	Prävention	45
4.3.2	Intervention	47
4.3.3	Reaktion	47
4.4	Information, Vernetzung und Öffentlichkeitsarbeit	48
4.4.1	Information	48
4.4.2	Vernetzung	49
4.4.3	Öffentlichkeitsarbeit	50
4.5	Fortbildung	50
4.6	Sicherung und Steuerung	51

Einleitung

Anfang Oktober 2001 beauftragte das Jugendamt der Stadt Potsdam Camino – Werkstatt für Fortbildung, Praxisbegleitung und Forschung im sozialen Bereich gGmbH – mit der Erstellung des Lokalen Aktionsplanes für Toleranz und Demokratie gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit für die Landeshauptstadt Potsdam. Die Erstellung des Aktionsplanes erfolgte im Rahmen des Programms „Entwicklung und Chancen junger Menschen in sozialen Brennpunkten“ (E & C) des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Ziel war, in Kooperation mit den relevanten Akteur/innen aus den verschiedenen Arbeitsfeldern (Jugendhilfe, Schule, Polizei, Verwaltung, Initiativen und Vereine) eine Situationsanalyse zu Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit für die Stadt Potsdam und auf dieser Basis einen praxisnahen und handlungsbezogenen Aktionsplan zu erstellen.

Der Auftrag

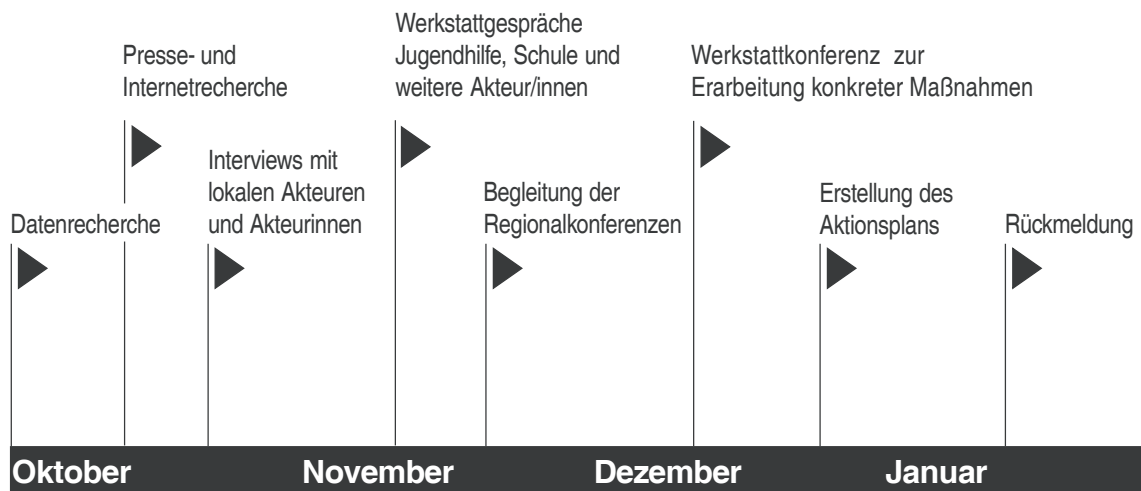
Ausgehend davon, dass lokale Aktionen und Maßnahmen, wenn sie langfristig erfolgreich sein wollen, die Akteur/innen des lokalen Sozialraums umfassend und zielorientiert als Kooperationspartner einbinden müssen, wurden Situationsanalyse und Lokaler Aktionsplan unter größtmöglicher Einbindung der vor Ort tätigen Akteur/innen erstellt.

Für die Situationsanalyse wurden zum einen die vorhandenen Materialien aufgearbeitet, so beispielsweise Wahlergebnisse und Bevölkerungsstatistiken, Presseberichte über fremdenfeindliche Übergriffe und Überfälle, Daten über rechtsextremistische Organisationen und Gruppierungen u. a. Zum anderen wurden 25 leitfadengestützte Experteninterviews mit 37 lokalen Akteur/innen aus verschiedenen Handlungsfeldern geführt, so mit Vertreter/innen der Jugendhilfe (Jugendarbeit, Streetwork, Fan-Projekt, Jugendamt), Polizei, Stadtverwaltung (Sicherheitskonferenz, Ausländerbeauftragte), Schule (Gesamtschulen und Oberstufenzentren), Initiativen im Bereich Fremdenfeindlichkeit, Flüchtlingsarbeit und Opferhilfe. Zentraler Inhalt der Interviews waren die Einschätzung der Gesprächspartner/innen hinsichtlich der aktuellen Situation in Potsdam und erfolgreicher bzw. nicht erfolgreicher Maßnahmen, die in der letzten Zeit umgesetzt wurden, sowie ihre Sicht auf die Ziele und Inhalte des Aktionsplanes.

Situationsanalyse

Im Rahmen der Verständigung über die Ziele des Aktionsplanes und die zur Erreichung notwendigen Maßnahmen wurden in einem zweiten

Werkstattgespräche



Erstellung des Lokalen Aktionsplans (Verlauf)

Schritt Werkstattgespräche mit lokalen Akteur/innen aus den verschiedenen Handlungsfeldern durchgeführt, um von Beginn an die Beteiligung der vor Ort Tätigen zu gewährleisten. Es fanden drei Werkstattgespräche mit insgesamt 38 Potsdamer Akteur/innen statt: mit Vertreter/innen der Jugendhilfe, der Schule sowie mit Akteur/innen, die sich von Berufs wegen (oder aufgrund ihrer ehrenamtlichen Tätigkeit) explizit mit Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus beschäftigen.

In den Werkstattgesprächen ging es um eine gemeinsame Einschätzung der Situation, um Ziele, Prioritäten und Elemente des Aktionsplans sowie um seine Erfolgs- bzw. Realisierungsbedingungen. Es galt in diesem Kontext auch, die verschiedenen Sichtweisen auf das Phänomen aufzuzeigen und mögliche Übereinstimmungen, aber auch Differenzen deutlich zu machen.

Regionalkonferenzen Des weiteren fanden sechs Regionalkonferenzen statt, die von zwei Mitarbeiter/innen des Mobilen Beratungsteams Brandenburg geleitet und von Camino begleitet wurden. Diese Regionalkonferenzen dienten als Fortbildungen der Mitglieder der Regionalkonferenzen zum Thema Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. Im Rahmen dieser Fortbildungen wurden Gruppengespräche über die gegenwärtige Situation in Bezug auf Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus im jeweiligen Stadtteil geführt. Zudem wurden Landkarten erstellt über rechtsextreme oder fremdenfeindliche Aktivitäten sowie Treffpunkte der rechtsextremistischen Szene im Stadtteil.

In einer Werkstattkonferenz am 11. Dezember 2001 wurden schließlich die Ergebnisse und Ideen der Werkstattgespräche zusammengeführt. Zu dieser Veranstaltung wurde sehr breit eingeladen, so dass sich ca. 50 Teilnehmer/innen aus den verschiedenen Handlungsfeldern beteiligten. Nach einer kurzen Vorstellung der bisherigen Ergebnisse durch Camino haben sich die Teilnehmer/innen in themenbezogenen Arbeitsgruppen über Ziele und Leitlinien des Aktionsplanes verständigt, um sodann konkrete Maßnahmen zu entwickeln. Wenn gewünscht, konnten hier schon konkrete Absprachen für eine Weiterarbeit getroffen werden. In diesem Kontext war es von besonderer Bedeutung, dass nun Akteur/innen aus unterschiedlichen Handlungsfeldern gemeinsam an einem Thema diskutierten bzw. konkrete Projekte erarbeiteten. So konnten neue Kontakte hergestellt werden. Es wurde auch von mehreren Teilnehmer/innen bestätigt, dass *„obwohl man ja das Gefühl hat, dass man sich in Potsdam so gut kennt“*, sie auf der Werkstattkonferenz bisher unbekannte mögliche Partner kennengelernt und neue Kontakte geknüpft hatten.

Insgesamt waren wir bei der Situations- und Ressourcenanalyse sowie der Ziel- und Maßnahmenplanung beeindruckt, dass in Potsdam erfreulich viele Projekte und Maßnahmen von kompetenten Akteurinnen und Akteuren durchgeführt werden. Gleichzeitig wurde deutlich, dass von allen Seiten die Erschließung weiterer Ressourcen, eine verbesserte Vernetzung und die Erweiterung der schon getätigten Maßnahmen in einem integrierten Gesamtkonzept als notwendig und wünschenswert erachtet wurde. In diesem Sinne erhebt der folgende Aktionsplan nicht den Anspruch, „das Rad neu zu erfinden“, sondern die schon vorhandenen Ressourcen zu stärken sowie die entsprechenden Aktivitäten gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit effektiv zu bündeln und zielgerichtet auszubauen.

Situationsanalyse: Rechtsextreme und fremdenfeindliche Aktivitäten in Potsdam

Organisierter Rechtsextremismus

Was ist „organisierter Rechtsextremismus“

Unter „organisiertem Rechtsextremismus“ verstehen wir die Aktivitäten von rechtsextremen Parteien, Vereinigungen und Netzwerken. Bundesweit haben sich die Strategien und Erscheinungsformen des organisierten Rechtsextremismus seit 1990 stark verändert. Gehörte der „Kampf um die Parlamente“ bis zu diesem Zeitpunkt zur Hauptstrategie der rechtsextremen Parteien DVU, Republikaner und NPD, gewinnen seit Anfang der neunziger Jahre zunehmend die außerparlamentarischen Aktivitäten an Bedeutung. Eine zentrale Rolle spielt in diesem Zusammenhang die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD), die auch in Potsdam aktiv ist.

„Kampf um Räume“

Mit dem Aufruf der NPD-Studentenorganisation „Schafft befreite Zonen“ von 1992 und spätestens seit der Wahl von Udo Voigt zum Bundesvorsitzenden der NPD 1996 hat sich eine „Drei-Säulen-Strategie“ aus „Kampf um Räume“, „Kampf um die Köpfe“ und „Kampf um Parlamente“ durchgesetzt. Das Strategieelement „Kampf um Räume“ hat seinen Ausgangspunkt in dem Aufruf „Schafft befreite Zonen“, dessen Idee es ist, überschaubare Räume herzustellen, in denen Rechtsextreme dominieren, ihre Vorstellungen und ihr Recht etablieren. Systematisch werden demokratisch eingestellte Bürger/innen, Migrant/innen und „undeutsche“ Jugendkulturen von bestimmten öffentlichen Räumen (zum Beispiel Bahnhöfe) durch die Verbreitung von Angst (Pöbeln, Provokationen, Gewalt), meist durch rechtsextrem orientierte Jugend- und Skinheadgruppen, verdrängt. Auch wenn keine gänzlich befreiten Zonen entstehen, produziert dieses Drohpotenzial temporär Räume der Angst im Stadtgebiet, die von den oben genannten gefährdeten Gruppen gemieden werden. Darüber hinaus zeigen sich Rechtsextreme verstärkt auf der Straße und versuchen, mit Demonstrationen Aufmerksamkeit zu erreichen.

„Kampf um die Köpfe“

Die zweite Säule des Strategiekonzeptes „Kampf um die Köpfe“ hat die kulturelle Hegemonie in bestimmten Gebieten und Gruppen zum Ziel. Diese Hegemonie soll durch spezifische kulturelle und soziale Angebote erreicht werden. Hierzu gehören die Zusammenarbeit mit der rechtsextremen Skinheadkultur, die Bereitstellung von Infrastruktur für rechtsextreme Musikgruppen („Aktion Notenschlüssel“ von 1994), soziale Hilfestellungen für bestimmte Bevölkerungsgruppen



(zum Beispiel für Mütter, Ältere, Strafgefangene) oder der Aufbau von Bürgerwehrgruppen, die in einem Wohngebiet für Sicherheit sorgen sollen.

Erst wenn die räumliche Dominanz und die kulturelle Hegemonie einen gewissen Grad erreicht haben, steht der „Kampf um die Parlamente“ auf dem Programm. In vielen Gemeinden und Städten vor allem der neuen Bundesländer scheint diese Strategie Erfolg zu haben, wenn man die Zahl der Aktivitäten und auch das Anwachsen der Mitgliedschaft der NPD betrachtet (alle anderen rechtsextremen Parteien leiden unter Mitgliederschwund).

„Kampf um die Parlamente“

Potsdam ist sicher keine Hochburg der rechtsextremen Szene, aber auch in Potsdam bestehen Strukturen der organisierten Rechten. Zu den Landtagswahlen 1999 sind drei rechtsextreme Parteien angetreten: Bund freier Bürger (BfB), NPD und Deutsche Volksunion (DVU). Alle drei Parteien blieben in den beiden Potsdamer Wahlkreisen unter 5 Prozent der Wählerstimmen. Einen nennenswerten Erfolg konnte die DVU zwar auch in Potsdam erreichen, blieb aber in den beiden Wahlkreisen der Stadt unter ihrem Durchschnittsergebnis im Land Brandenburg von 5,28 Prozent.¹ Aufgrund der oben beschriebenen Strategie kann allerdings aus den schlechten Wahlergebnissen der rechtsextremen Parteien nicht darauf geschlossen werden, dass der organisierte Rechtsextremismus keinen Einfluss in Potsdam hat.

¹ In Potsdam I erreichte die Partei 2,63 Prozent und in Potsdam II 3,25 Prozent der Wählerstimmen.

Rechtsextreme Aktivitäten und Strukturen in Potsdam

Während die DVU nur selten in der Öffentlichkeit aktiv wird und einmal im Monat einen Stammtisch für Interessierte veranstaltet, hat die NPD stärkere Aktivitäten entwickelt. Seit 1990 ist die NPD im Land Brandenburg aktiv und der für Potsdam zuständige Kreisverband Navel-Nuthe hat sein Postfach in Potsdam. Die NPD und ihre Jugendorganisation, die JN, treten vor allem mit Propagandamaterial bei Wahlen, im Rahmen der Kampagne „Argumente statt Verbote“ sowie bei verschiedenen Aufmärschen und Veranstaltungen sichtbar mit Plakaten und Flugblättern in Erscheinung. Regelmäßig werden Aufkleber der NPD/JN im Stadtgebiet geklebt. Seit August 2001 hat die JN einen Stützpunkt in Potsdam. Berichten professioneller Akteur/innen zufolge gab es in den vergangenen Jahren verstärkt Rekrutierungsversuche vor Schulen. Insgesamt spricht die Partei vor allem 14- bis 25-jährige an.

Darüber hinaus sind in Potsdam weitere rechtsextreme Organisationen und Netzwerke in Erscheinung getreten:

- Bis zum Verbot 1995 existierte in Potsdam eine sehr funktionsfähige Gruppierung der Wiking-Jugend.
- Die rechtsterroristische Nationale Bewegung zeichnet sich für verschiedene Anschläge in Potsdam und Umgebung verantwortlich.
- Zu nennen ist auch das mittlerweile verbotene Netzwerk Blood & Honour im Zusammenhang mit der Potsdamer Band Proissenheads und mit dem Babelsberger Geschäft Union Jack, dessen Angebot an den aktuellen Katalog des Hatesounds Versandes in Werder angelehnt ist. Hatesounds ist das Nachfolgeprojekt der Berlin-Brandenburg Sektion von Blood & Honour.
- Die Kameradschaft Potsdam ist bisher nur ein Phänomen im Internet. Allerdings berichten verschiedene professionelle Akteur/innen von Versuchen, eine autonome Kameradschaft in Potsdam aufzubauen.

Insgesamt besteht auf den organisierten Rechtsextremismus bezogen ein erhöhter Informationsbedarf, der auch von vielen Akteur/innen in Potsdam formuliert wurde. Vielfach wird die Vermutung geäußert, dass es entweder eine organisierte rechtsextreme Szene in Potsdam gibt, die vor allem verdeckt aus dem privaten Bereich agiert, oder organisierte Rechtsextreme aus dem Umland in der Stadt an Bedeutung gewinnen.

Rechtsextreme Subkultur

Rechtsextreme Einstellungen sind in allen Bevölkerungs- und Altersgruppen verbreitet und kein reines Jugendphänomen. Allerdings ist die Entwicklung einer rechtsextremen jugendlichen Subkultur in den letzten zehn Jahren eine der wichtigsten Erscheinungsformen des Rechtsextremismus geworden. Als rechtsextreme Subkultur verstehen wir jene jugendlichen Zusammenhänge, die einem Lifestyle folgen, der aus rechtsextremer Einstellung, Musik, Kleidung, Symbolen, Code und Verhaltensweisen, die auch Militanz und Gewalt als Mittel der Auseinandersetzung akzeptieren und zum Teil ausüben, besteht. Diese Jugendlichen sind meist nicht in rechtsextremen Organisationen Mitglied, in ihren Einstellungen und Verhaltensweisen allerdings rechtsextrem orientiert. Expert/innen gehen davon aus, dass etwa 20 bis 35 Prozent der männlichen ostdeutschen Jugendlichen zu diesem Lifestyle gezählt werden können. Diese Jugendlichen stellen ein wichtiges Rekrutierungspotenzial für den organisierten Rechtsextremismus dar. Sie sind eine der Zielgruppen im „Kampf um die Köpfe“ und im „Kampf um Räume“ des organisierten Rechtsextremismus.

Was ist „rechtsextreme Subkultur“

Mit soziokulturellen Angeboten und einer nationalen Jugendarbeit, die eine Erlebniswelt aus Konzerten, Demonstrationen und Veranstaltungen schaffen will, sowie rechtsextremer Agitation durch Zeitschriften und neue Medien/Internet werden jugendliche Gruppen und Szenen erreicht. Einen zentralen Stellenwert innerhalb des rechten Lifestyle hat Musik mit rechtsextremen Texten. Sie vermittelt ideologische Bilder und Phrasen an die jungen Hörer/innen. Seit Anfang der neunziger Jahre wird gezielt Musik eingesetzt, um rechtsextreme Ideen zu vermitteln und Jugendlichen den Einstieg in die rechtsextreme Szene zu erleichtern. Aus der rechtsextremen Szene heraus werden Bands unterstützt, Konzertmöglichkeiten geschaffen sowie Herstellung und Vertrieb von CDs organisiert. Das Spektrum rechtsextremer Musik reicht dabei von Liedermacher/innen wie Frank Rennicke und Annett über umgedichtete Schlager- und Stimmungslieder bis hin zur Rock-, Heavy-Metal- und Oi-Punk-Musik. Dominiert der rechtsextreme jugendliche Lifestyle bestimmte Orte (Klubs, Kneipen, Plätze), besteht die Gefahr, dass andere jugendliche Subkulturen verdrängt werden und eine demokratische Alltagsgestaltung beeinträchtigt wird.

In Potsdam hat sich eine rechte Subkultur etabliert, die schon in den frühen neunziger Jahren auf sich aufmerksam gemacht hat. Es gab in den letzten zehn Jahren immer wieder Gruppierungen in Potsdam und Umgebung, die mit rechtsextremen Aktivitäten in Erscheinung getreten sind. Es handelt sich überwiegend um Skinheads im Umfeld von

Rechte Gruppierungen in Potsdam

rechtsextremen Potsdamer Bands. Die Potsdamer rechtsextremen Bands sind eng miteinander verbunden. So gibt es Doppelbesetzungen, sie treten unter einem gemeinsamen Label „Proissen Skinheads Potsdam“ auf, sie werben gemeinsam auf einer Internetseite und haben Verbindungen nach Berlin. Drei rechtsextreme Potsdamer Bands haben sich etablieren können: Proissenheads, Unbending Bootboys und Freak Selection. Die Proissenheads konnten lange Zeit in einem Potsdamer Jugendclub proben. Das, so wird vermutet, habe in der rechtsextrem orientierten Jugendszene in Potsdam eine nachhaltige Wirkung hinterlassen.²

Von professionellen Akteur/innen aus der Jugendarbeit wird die Einschätzung formuliert, dass es in Potsdam eine Jugendszene, die sich durch latente rechtsextreme Einstellung und eine hohe Mobilität auszeichnet, gibt. Aktuell wird von einem Generationswechsel in der rechtsextrem orientierten Jugendszene berichtet. Viele ältere Jugendliche bzw. junge Erwachsene halten sich stärker zurück, während jüngere rechtsextrem orientierte Jugendliche in den Vordergrund treten. Dabei wird die rechtsextreme Einstellung seltener offen gezeigt. Dennoch sind rechtsextrem orientierte Jugendliche im Stadtbild erkennbar und besetzen bestimmte öffentliche Räume, die dadurch für Migrant/innen und alternative Jugendliche gefährlich werden können. Viele Akteure und Akteurinnen beschreiben, dass in den randstädtischen Quartieren, zum Beispiel Schlaatz und Stern/Drewitz, rechte Jugendliche bestimmte öffentliche Räume dominieren.

Bis vor wenigen Jahren hatte sich die rechtsextrem orientierte Jugendszene in Potsdam auf diese randstädtischen Quartiere beschränkt. Nunmehr wird von räumlichen Veränderungen in Bezug auf Treffpunkte von rechtsextrem orientierten Jugendlichen berichtet: Seit der Verdrängung der Hausbesetzerszene aus der Innenstadt gebe es immer wieder Versuche der rechten Szene aus den Neubaugebieten, auch in Potsdam-Mitte Fuß zu fassen. In den letzten Jahren seien die Innenstadt und Babelsberg auch für rechtsextrem orientierte Jugendliche zugänglicher geworden.

Aktueller Handlungsbedarf

Bei der Situationsanalyse durch Akteur/innen aus Jugendhilfe, Schule und Initiativen sind zwei besonders wichtige Entwicklungen in den Vordergrund gerückt worden, die einen Handlungsbedarf ausdrücken:

- Der öffentliche Nahverkehr, also Bushaltestellen, Bahnhöfe, Busse und Bahnen, sind weiterhin Treffpunkte und „Problemzonen“. Eine

² Bernd Wagner in: *die tageszeitung* vom 12.2.2001.

besondere Entwicklung ist die Verlagerung der Straßenpräsenz von rechtsextrem orientierten Jugendlichen in Richtung Hauptbahnhof. Der Hauptbahnhof wird in den Nachtstunden zu einem Treffpunkt für rechte Jugendliche. Der Wachschutz, so wurde berichtet, empfehle Fahrgästen, die spät abends hier mit dem Zug ankommen, einen bestimmten Ausgang des Bahnhofs nicht zu benutzen.

- Bei einigen großen Veranstaltungsorten, wo jugendliche Ordnergruppen eingesetzt werden, sind Veränderungen der Besucherzusammensetzung zu verzeichnen. Insbesondere ist festzustellen, dass rechtsextrem orientierte Jugendliche in diese Ordnergruppen einsickern und somit Macht ausüben können. Es wird berichtet, dass insbesondere Jugendliche mit ausländischem Aussehen und aus alternativen Jugendszenen bedroht und ausgegrenzt werden oder dass rechte Jugendliche bevorzugt werden, indem sie ohne Eintrittskarte die entsprechenden Veranstaltungen besuchen dürfen.

Im Bereich der offenen Jugendarbeit wird von verschiedener Seite von Versuchen rechtsextrem orientierter Jugendlicher berichtet, in Jugendeinrichtungen eine entsprechende Dominanz herzustellen. In einigen Fällen werden neben Jugendlichen auch professionelle Jugendarbeiterinnen und Jugendarbeiter bedroht.

Fremdenfeindlichkeit, Diskriminierung und Ausgrenzung

Unter Fremdenfeindlichkeit, Diskriminierung sowie Ausgrenzung verstehen wir alle Aktivitäten, die eine gleichberechtigte Teilnahme von Menschen am gesellschaftlichen Leben einschränken und behindern – abhängig von ihrem Aussehen, ihrer Herkunft, ihrer religiösen Orientierung oder ihres Aufenthaltsstatus. Fremdenfeindliches und diskriminierendes Verhalten ist oft gepaart mit einer Höherbewertung der sich selbst zugeschriebenen biologischen, sozialen oder kulturellen Merkmale sowie einer Abwertung und Disqualifizierung derjenigen Menschen, die als „anders“ wahrgenommen werden. In diesem Sinne erweisen sich fremdenfeindliche und diskriminierende Aktivitäten gegenüber Migrant/innen als ein direkter Angriff auf die Grundfesten einer pluralistisch-demokratischen Gesellschaft.

*Was bedeutet
Fremdenfeindlichkeit?*

Vor diesem Hintergrund sollen im folgenden insbesondere diejenigen diskriminierenden Aktivitäten und Handlungsweisen in den Blick genommen werden, die strafrechtlich nicht relevant sind und trotzdem als

rassistisch und diskriminierend bezeichnet werden müssen. Abschätzige, demütigende Kommentare auf der Straße gegenüber Migrantinnen und Migranten gehören beispielsweise in diesen Bereich. Ebenso gehören dazu unsensibles Verhalten und Benachteiligungen durch Vertreter/innen von Behörden und Institutionen, die sich innerhalb des individuellen Ermessensspielraumes bewegen. Schließlich gehören in diesen Bereich auch strukturelle Bedingungen (wie beispielsweise das gegenwärtige Gutscheinsystem für Flüchtlinge), die eine gleichberechtigte Teilnahme am gesellschaftlichen Leben einschränken.

Solche Verhaltensweisen, die sich im legalen Rahmen bewegen, prägen jedoch entscheidend das gesellschaftliche Klima. Dazu kommt, dass die Konzentration auf strafrechtlich relevante Delikte und Gewalttaten die Gefahr birgt, Rechtsextremismus lediglich als kriminelles Handeln zu begreifen, das polizeilich und juristisch, aber nicht gesamtgesellschaftlich bearbeitet werden müsse. Aus diesen Gründen muss gerade solchen Verhaltensweisen „legaler“ Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierung entgegen getreten sowie die Teilhabe von Migrantinnen und Migranten am gesellschaftlichen Leben gefördert werden.

Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierung im öffentlichen Alltag

Belästigungen im Alltag

Über den Umfang nicht-strafrelevanter Fremdenfeindlichkeit in Potsdam kann selbstverständlich keine genaue quantitative Angabe gemacht werden. Es wurde allerdings von mehreren Seiten bestätigt, dass Potsdam im Vergleich zu anderen Städten/Gemeinden in Brandenburg einen guten Ruf habe. Das zeigt sich beispielsweise auch darin, dass sich Flüchtlinge aus anderen Brandenburger Heimen, die mit rechts-extremen Übergriffen und Gewalttaten konfrontiert sind, eine „Umverteilung“ nach Potsdam wünschen. Gleichzeitig jedoch berichten Flüchtlinge und Flüchtlingsberatungsstellen von regelmäßigen Diskriminierungen auf der Straße, die mittlerweile schon fast resignativ hingenommen würden. Unverhohlenes Anstarren, ärgerliche oder schiefe Blicke auf der Straße sowie im öffentlichen Nahverkehr, Beleidigungen wie „Nigger – geh zurück in den Busch“ sind insbesondere für afrikanische Flüchtlinge keine Seltenheit. Dabei wird betont, dass diese Diskriminierungen von Erwachsenen genauso wie von Jugendlichen getätigt werden. In diesem Zusammenhang sind einige Stadtbereiche benannt worden, in denen solche Erfahrungen persönlich erlebt wurden oder von denen Flüchtlinge den Beratungsstellen berichtet haben. Bei den benannten Gebieten handelt es sich um Rehbrücke, ins-

besondere den Bahnhof, sowie um die Stadtteile Waldstadt II, Drewitz, Schlaatz, um den Bus zum Flüchtlingsheim am Lerchensteig, das Neubaugebiet „Haeckelstraße“ in Potsdam-West und schließlich um den Hauptbahnhof Potsdam, wo sich die Lage in den letzten Monaten zwar verbessert habe, aber noch nicht befriedigend sei. So berichtet ein Gesprächspartner, dass er noch im November 2001 Belästigungen und Beleidigungen in einer Kaufhalle des Bahnhof-Centers ausgesetzt gewesen sei.

Nicht nur Flüchtlinge und Asylbewerber/innen sind von latentem Rassismus betroffen. So sind auch Fälle von ausländischen Wissenschaftler/innen bekannt, die verbal oder körperlich bedrängt wurden. Im Jahr 2000 führten Pöbeleien in einem Supermarkt sogar dazu, dass ein indischstämmiger Wissenschaftler aus den USA die Berufungsverhandlungen für eine Professur abbrach. Eine ganz andere Variante von Ausgrenzung berichtet ein Mitglied des Ausländerbeirats. Seit sein Engagement im Beirat bekannt geworden sei, werde es von Nachbarn und Nachbarinnen bewusst gemieden. Auch die Situation der moslemischen Bevölkerung in Potsdam scheint nicht unproblematisch zu sein. Einerseits erlebe die moslemische Gemeinde ein verstärktes Interesse an Informationen über den Islam, andererseits hätten sich die Pöbeleien und Beleidigungen seit dem 11. September auffällig erhöht. Dies betreffe insbesondere kopftuchtragende Frauen sowie Männer, die dem Aussehen nach arabischer Herkunft zu sein scheinen.

Angemerkt sei noch, dass bei den Schilderungen all dieser Fälle wenig über ein couragiertes Auftreten von Unbeteiligten sowie Zuschauerinnen und Zuschauern berichtet wurde. Zwar wurden auch Beispiele genannt, dass sich Potsdamer Bürger/innen in solchen Situationen engagierten und eingriffen. Es scheint jedoch nicht die Regel. Hier besteht folglich Handlungsbedarf.

Vor dem Hintergrund dieser Schilderungen ergibt sich, dass der Lebensalltag von Flüchtlingen in Potsdam oft eingeschränkt ist. Selbst wenn sich Flüchtlinge von den 80 DM Bargeld, das ihnen monatlich zur Verfügung steht, den Besuch von kulturellen Einrichtungen und Ereignissen in Potsdam leisten können, so werden diese Möglichkeiten doch faktisch kaum genutzt – um erst gar nicht in eine diskriminierende oder bedrohliche Situation zu geraten. Kinos und Diskotheken werden häufig ebenso gemieden wie Schwimmbäder, Rummel und Sportveranstaltungen. Auch die Flüchtlingskinder leiden unter dieser Situation. So unterlassen einige Eltern aus Angst den Besuch von Kinderspielplätzen oder verbieten den Kindern, allein auf die Straße zu gehen. In diesem Zusammenhang wurde auch der Umstand genannt, dass einige Kinder

*Einschränkung des
Lebensalltags von
Flüchtlingen*

bewusst nicht in die Schule ihres Wohngebietes (zum Beispiel im Schlaatz) geschickt würden, aus Angst vor Beleidigungen und Übergriffen. Und selbst wenn es zu erfreulichen Kontakten in der Schule kommt, kann es immer noch zum Problem werden, dass deutsche Eltern ihren Kindern den Besuch der Wohnung der Flüchtlingsfamilie verbieten.

Es lässt sich festhalten, dass die Ergebnisse unserer Gespräche mit Beratungsstellen, Flüchtlingsinitiativen, Flüchtlingen und anderen Migrant/innen ein ambivalentes Bild ergeben. Auf der einen Seite wird immer wieder betont, dass die gesamtstädtische Atmosphäre in Bezug auf Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierung positiv einzuschätzen sei, auf der anderen Seite aber berichten insbesondere Flüchtlinge von besorgniserregenden Erfahrungen im öffentlichen Raum jenseits von strafrelevanten Delikten. Dies führt bei diesem Personenkreis zum Teil zu einer erheblichen Einschränkung ihrer Teilhabe am öffentlichen Leben mit der Folge eines Rückzuges aus dem öffentlichen Raum. Dieser Rückzug verhindert aber gerade die Realisierung einer wichtigen Integrationsbedingung: nämlich die Herstellung von Kontakten und Begegnungen mit anderen Potsdamer Bürger/innen.

Wenn man diesen Rückzug von Migrant/innen abwenden will, sollte man allerdings noch andere Phänomene in den Blick nehmen. Denn die drohende Isolierung von Migrant/innen wird nicht nur durch das Erleben von fremdenfeindlichen Einzelpersonen und Gruppen im öffentlichen Raum gefördert, sondern auch durch strukturelle Umstände, die im folgenden näher beschrieben seien.

Strukturelle Bedingungen der Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierung

Zur Situation der jüdischen Migrantinnen und Migranten

Von Gesprächspartner/innen sind mehrere Personengruppen benannt worden, die besonders der Gefahr der Isolierung ausgesetzt sind. So gehören 600 der ca. 4500 in Potsdam lebenden Ausländer/innen zu der Gruppe der jüdischen Migrant/innen, vorwiegend aus Osteuropa. Diese sind nicht nur mit dem vehementen Antisemitismus der „Nationalen Bewegung“ konfrontiert, sondern auch mit strukturell entstandenen Integrationsproblemen. So hat sich die Stadtverwaltung bewusst dafür entschieden, diese Zuwanderergruppe räumlich nicht auf ein Stadtgebiet zu konzentrieren. Das ist auf der einen Seite sicherlich sinnvoll, wenn man davon ausgeht, dass eine räumliche Schwerpunktbildung gerade den Kontakt und die Begegnung mit anderen Potsdamer

Bürger/innen erschwert. Auf der anderen Seite kann aber eine Verteilung auf das ganze Stadtgebiet erst recht in eine Isolierung führen, wenn – wie in Potsdam – bestimmte Rahmenbedingungen gegeben sind. So handelt es sich bei den meisten jüdischen Migrant/innen um Senior/innen, für die die aktive Realisierung neuer Nachbarschaftsbeziehungen eine besondere Herausforderung darstellt. Dies wird insbesondere durch die geringen oder fehlenden Deutschkenntnisse erschwert, da es zudem an Sprachkursangeboten für diese Migrantengruppe mangelt. Zusätzlich besteht das Problem, dass 300 dieser jüdischen Migrant/innen zwar der jüdischen Gemeinde angehören, die durch einen Verein repräsentiert wird. Da es jedoch keinen Staatsvertrag mit den jüdischen Gemeinden in Brandenburg gibt, ist die finanzielle Ausstattung dieser Gemeinde gering.

Als weitere Gruppe, die kaum am Potsdamer gesellschaftlichen Leben teilnimmt, wurden die ca. 200 vietnamesischen Arbeitsmigrant/innen in Potsdam genannt. Über diese Gruppe liegen leider wenige Informationen vor. Es gibt aber Vermutungen, dass sie für sich eine eigene Struktur im Hinblick auf ihr kulturelles und soziales Leben aufgebaut hat.

*Die vietnamesischen
Arbeitsmigrant/innen*

Eine andere Gruppe, die der Gefahr der Isolierung ausgesetzt ist, stellt die Gruppe der Flüchtlinge dar, die in den gegenwärtig zwei Flüchtlingsheimen (520 Plätze) bzw. in angemieteten Wohnungen (250 Plätze) leben. Zu dieser Gruppe gehören die derzeit 622 Asylbewerber/innen, des weiteren Kriegs- und Bürgerkriegsflüchtlinge sowie „geduldete“ und „vollziehbar ausreisepflichtige Ausländer“ nebst deren Ehepartnerinnen und -partnern und minderjährigen Kindern. Die zwei Heime in Potsdam liegen jeweils abgelegen am Stadtrand (Michendorfer Chaussee und Lerchensteig). Die öffentlichen Nahverkehrsverbindungen (Ein-Stunden-Takt und mehr) sind unbefriedigend. Des weiteren steht zur Zeit die Nahverkehr-Sozialfahrkarte nicht mehr zur Verfügung. Allein diese Umstände erschweren den Heimbewohner/innen schon die Teilnahme am gesellschaftlichen Leben in Potsdam. Die aufgrund der isolierten Lage in der Michendorfer Chaussee geplante Verkleinerung dieses Heimes wird von vielen befürwortet. Gleichzeitig fragen sich viele, ob die damit einhergehende Verlagerung in die Kirschallee, die neben dem Lerchensteig zu einer Konzentration von Asylbewerberplätzen in Potsdam-Nord führt, die Integration fördert. Hingegen wird die geplante Ausweitung der Plätze in Potsdamer Wohnungen sehr begrüßt. Im Unterbringungskonzept für Zuwanderer, das die Stadt am 23. Januar 2002 beschlossen hat, wird u. a. festgeschrieben, dass Familien, die seit mehr als drei Jahren, und Alleinstehende, die seit mehr als fünf Jahren in Deutschland leben, einen Anspruch auf eine Wohnung haben.

Zur Situation der Flüchtlinge



Die Verwaltung wertet diesen Beschluss als einen Fortschritt; ein Teil der Flüchtlingsinitiativen hingegen problematisiert, dass Flüchtlinge weiterhin mindestens drei Jahre in einer abgelegenen Sammelunterkunft verbringen müssen.

Zur Zeit zeichnet sich aufgrund der Mietpreise eine Konzentration der vom Bereich Wohnen der Stadtverwaltung zugewiesenen Wohnungen im Stadtteil Schlaatz ab. In diesem Stadtteil ist allerdings von mehreren fremdenfeindlichen Vorfällen berichtet worden. Auch werden dort von vielen Potsdamer Akteure und Akteurinnen eine relativ große rechte Szene und entsprechende Sympathisanten wahrgenommen. Entsprechend erfahren auch hier wieder Flüchtlinge eine Einschränkung ihres Lebensalltags und eine Behinderung von positiven Lebens- und Kontaktmöglichkeiten.

Residenzpflicht Ein weiterer Faktor, der die Isolierungsgefahr erhöht, ist die sogenannte Residenzpflicht. Flüchtlinge, die den Auflagen des Asylbewerberleistungsgesetzes unterliegen, dürfen den Landkreis ihrer zugewiesenen Unterbringung nur mit Ausnahmegenehmigung verlassen. Deshalb sind Bewegungsfreiheit, Begegnungsmöglichkeiten, sozial stabilisierende Kontakte sowie die Wahrnehmung kultureller Veranstaltungen außerhalb des Landkreises eingeschränkt.

So ist eine Reise ins nahe gelegene Berlin in der Regel illegal – egal ob man eine Veranstaltung, Freunde, Verwandte oder eine Fortbildungsmöglichkeit besuchen möchte. Besonders gravierend ist dieser Umstand für traumatisierte Flüchtlinge, denen damit manchmal Unterstützungsleistungen für eine psychische und soziale Genesung durch Freunde und Verwandte verwehrt sind. Dieser Umstand hat sich seit den Terroranschlägen vom 11.9.2001 auch in Potsdam verschärft.

Sachleistungsprinzip Ein weiterer struktureller Faktor, der die Stigmatisierung und Isolierung von Flüchtlingen fördert, ist das Sachleistungsprinzip. Flüchtlinge werden, bis auf einen Barbetrag von 80 DM, nur mit Sachleistungen bzw. mit einlösbaren Gutscheinen versorgt. Dieses System an sich wird von den meisten Flüchtlingen bereits als diskriminierend empfunden. Des Weiteren führt im Lebensalltag das Einlösen der Gutscheine in Geschäften zu konkreten Ausgrenzungen und abschätzigen Bemerkun-

gen durch Angestellte und Kund/innen. Auch wird berichtet, dass Kassierer/innen Migrant/innen als kriminell verdächtigten, wenn sie statt mit Gutscheinen mit Bargeld oder gar Scheckkarte bezahlten. Ebenso ließen Kunden abschätzige Bemerkungen fallen oder wären verärgert, wenn sich die Schlange an der Kasse verzögere, weil der Gutscheintausch mehr Zeit in Anspruch nähme.

Diese demütigende und integrationshemmende Situation erkennend, hat Anfang Juli 2001 die Stadtverordnetenversammlung einem Antrag zugestimmt, mit dem die Landesregierung aufgefordert wurde, die gesetzlichen Chancen zur Gewährung von Geld- statt Sachleistungen so weit wie möglich auszuschöpfen. Außerdem soll nach dem Willen der Stadtverordnetenversammlung die Landesregierung eine Initiative zur bundesweiten Abschaffung des Sachleistungsprinzips in Gang bringen. Die Entscheidung der Landesregierung zur erweiterten Gewährung von Geldleistungen steht noch aus. Da eine engagierte Haltung und öffentliche Positionierung der Stadtpolitik zugunsten der Lebensbedingungen und gesellschaftlichen Teilhabemöglichkeiten von Flüchtlingen als wichtig eingeschätzt wird, um das gesamtgesellschaftliche Klima zu verändern, ist der Stadtverordnetenbeschluss von vielen lokalen Akteur/innen positiv gewürdigt worden.

Ein letztes wichtiges strukturelles Hemmnis bei der Integration bzw. Förderung der gesellschaftlichen Teilhabe von Migrant/innen ist die Sprachbarriere. Wie schon bei der Gruppe der jüdischen Migrant/innen erwähnt, sind auch andere Gruppen mit sprachlichen Verständigungsbarrieren konfrontiert. Auf der Migrantenseite spielt vor allem das zu geringe Angebot an hochwertigen Sprachkursen eine große Rolle. Dieser Umstand hat sich insofern verschärft, da die finanzielle Zuschussung von Sprachkursen der VHS durch das Land gestrichen wurde und es zur Zeit unklar ist, inwieweit das (schon nicht ausreichende) Angebot weitergeführt werden kann und die Eigenbeteiligung für die teilnehmenden Migrant/innen zumutbar bleibt.

Sprachbarrieren

Integrationshindernisse durch Behörden und Institutionen

Als letztes möchten wir auf den Zusammenhang des Verhaltens von Behörden und der Behinderung von Integration und gesellschaftlicher Teilhabe eingehen. Als ausführende Organe spielen Behörden eine wichtige Rolle im Leben der Migrant/innen, insbesondere der Flüchtlinge. Gleichzeitig fungieren sie als eine Art Aushängeschild der gesellschaftlichen wie politischen Meinung und Haltung – positiv wie negativ. Denn je nach Gestaltung des jeweiligen Gesetzesspielraumes und je

nach individueller oder gruppenspezifischer Behandlung prägen sie das Bild, das sich Migrant/innen von der Gesellschaft machen, und beeinflussen umgekehrt auch die Wahrnehmung der Migrant/innen durch die anderen Einwohner/innen Potsdams.

Die Polizei und diejenigen Behörden, mit denen Flüchtlinge bei der Bewältigung ihres Alltags am häufigsten konfrontiert sind, spielen hierbei die zentralen Rollen.

Polizeiliches Verhalten

Das Auftreten der Polizei im öffentlichen Raum gegenüber Migrantinnen und Migranten oder Flüchtlingen ist ein wichtiger Baustein im Mosaik der deutsch/nicht-deutschen Beziehungen und Wahrnehmungen. Befragt man Flüchtlinge über ihre Erfahrungen mit der Polizei, dann findet man mehrheitlich ein Verhältnis des Misstrauens gegenüber der Polizei vor. Dafür gibt es mehrere Gründe. So haben viele Flüchtlinge in ihren Herkunftsländern sehr schlechte Erfahrungen mit der Polizei gemacht. Diese werden auf die deutsche Polizei übertragen. Des Weiteren haben Polizisten gesetzmäßig die Residenzpflicht zu überprüfen. Es gibt aber auch andere Gründe des Misstrauens. So wurde von einem Fall berichtet, in dem ein bedrohter Flüchtling aufgrund eines fremdenfeindlichen Übergriffes die Polizei gerufen habe und anschließend selber wie ein Täter behandelt worden sei. Ein anderer Gesprächspartner erzählt, dass er auf der Straße von der Polizei angehalten und anscheinend grundlos nach seinem Pass gefragt worden sei und sich respektlos behandelt fühle. Ein solches Verhalten zeitigt nicht nur entsprechende Wirkungen bei Migrant/innen, sondern auch bei den umstehenden Passant/innen.

So hat sich bei vielen Flüchtlingen aufgrund von eigenen Erfahrungen oder von Erzählungen das Bild einer Polizei verfestigt, der mit Misstrauen zu begegnen sei und die Asylbewerber/innen keinen sicheren Schutz bei Übergriffen biete.

Auf der anderen Seite verhält sich ein beachtlicher Teil der Polizei engagiert, unterstützt ein solches Auftreten nicht und ist in einen konstruktiven Dialog mit Vertreter/innen von Flüchtlingsberatungsstellen getreten. Diese Ansätze gilt es fortzuführen und auszubauen.

Ausländerbehörde und Arbeitsamt

Die Potsdamer Ausländerbehörde wird im großen und ganzen als kooperativ erlebt. Gegenwärtige Hauptkritikpunkte sind fehlende Fremdsprachenkompetenzen sowie die in der Regel unbefriedigende Erteilung von lediglich dreimonatigen Duldungen für ausreisepflichtige Asylbewerber/innen. Letzteres führt zu einem zu psychischen Belastungen von Flüchtlingen, denen diese kurzfristigen Duldungen erteilt

werden, obwohl sie schon zwischen zwei und fünf Jahren oder noch länger in Potsdam leben. Zum anderen erschweren diese dreimonatigen Duldungen erheblich die Erteilung einer Arbeitserlaubnis durch das Arbeitsamt. Da die Prüfung durch das Arbeitsamt vier bis sechs Wochen dauert, jedoch die Arbeitserlaubnis, wenn man sie bekommt, nur bis zum derzeitigen Duldungstermin erteilt wird, ist die Umsetzung der Arbeitserlaubnis nur schwer realisierbar. Zudem wird im Arbeitsamt die unzureichende Beratungsleistung für Flüchtlinge und interessierte Arbeitgeber kritisiert.

Als positiv zu bewerten ist, dass es zwischen der Stadt Potsdam und dem Landkreis Potsdam-Mittelmark eine Vereinbarung zur gegenseitigen Aufenthaltsgestattung von Asylbewerber/innen gibt.

In den Gesprächen mit Flüchtlingen und Beratungsstellen wurde der Bereich Soziales der Stadtverwaltung hauptsächlich im Zusammenhang mit der Zuweisung von Wohnungen problematisiert. Insbesondere wurde die Zuweisung von Wohnraum im Stadtteil Schlaatz kritisiert. Uneinigkeit herrschte in der Einschätzung, inwieweit der Bereich Wohnen überhaupt einen Ermessensspielraum habe, um Wohnungen außerhalb vom Schlaatz anzubieten. Eine wichtige Rolle scheint hierbei die Berechnung der gestatteten Mietpreishöhe anhand der Netto-Kaltmiete pro Quadratmeter zu spielen. Bei diesen Berechnungen fallen Wohnungen aus anderen Stadtteilen mit einer höheren Netto-Kaltmiete pro Quadratmeter heraus, obwohl sie aufgrund ihrer kleineren Wohnfläche in der Gesamtmiete gleich viel kosten würden. Mittlerweile besteht für solche Fälle ein Prüfungs- und Genehmigungsverfahren. In einigen weiteren Fällen, zum Beispiel beim Erwerb von notwendigen Einrichtungsgegenständen für Wohnungen, wiesen Flüchtlinge nach, dass bei mehr Flexibilität des Bereichs Soziales sogar eine Kostenersparnis zustande käme. Hier wünschen sich professionelle Beraterinnen und Berater sowie Flüchtlinge mehr Flexibilität.

Bereiche Soziales und Wohnen

Manifester Rechtsextremismus in Form von Gewalt- und Straftaten

Hier geht es in erster Linie um Überfälle – meist ausgehend von rechtsextrem orientierten Jugendgruppen – auf Migrant/innen, Flüchtlinge und alternative oder alternativ aussehende Jugendliche. Wenngleich Potsdam im Vergleich zu anderen Brandenburger Städten noch als relative sichere Stadt gelten kann und diesen Ruf auch bei Menschen

Entwicklung der Gewalt- und Straftaten

ausländischer Herkunft hat, kommt es doch regelmäßig zu Übergriffen, die mit Gewalt verbunden sind.

Die Entwicklung der letzten Jahre auf dem Feld der Gewalt- und Straftaten mit rechtsextremem Hintergrund zeigt, dass hier deutlicher Handlungsbedarf besteht. Während in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre (von 1993 bis 1998) eine Abnahme zu verzeichnen war, ist seit 1999 eine Zunahme zu registrieren. So stiegen im Schutzbereich Potsdam die rechtsextrem motivierten Delikte von 89 im Jahre 1999 auf 138 im Jahre 2000, also über 50 Prozent. Diese Aussage gilt für alle Delikte mit rechtsextremem Hintergrund.³

Die Mehrzahl der Straftaten bezieht sich auf die Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen und Propagandadelikte, also Delikte nach § 86a StGB. Im Jahre 2000 waren 94 von 138 rechtsextrem motivierten Straftaten insgesamt diesem Bereich zuzuordnen, also 68 Prozent. Im Vergleich zu 1999 hat es hier eine Zunahme um ca. ein Drittel gegeben: von 69 auf 94 Verfahren. Für das Jahr 2001 ist eine weitere Zunahme zu erwarten: Allein am Hauptbahnhof sind in dem Zeitraum von Januar bis Oktober 2001 ca. 90 Propagandadelikte zu verzeichnen.

Besorgniserregend ist auch die Zunahme der anderen Straftaten mit rechtsextremem, fremdenfeindlichem oder antisemitischem Hintergrund. Hier verzeichnen wir 24, 13 bzw. 7 Verfahren im Jahre 2000 gegenüber 11, 7 bzw. 2 Verfahren im Jahre 1999. Es kam also bei rechtsextrem oder fremdenfeindlich motivierten Delikten zu einer Verdoppelung, bei Delikten mit antisemitischem Hintergrund zu einer Verdreifachung.

Unter diese Rubriken fallen u. a. Delikte nach § 130 StGB (Volksverhetzung). Als Beispiel hierfür können die Aktionen der „Nationalen Bewegung“ gelten, die in kleinen konspirativen Zellen Anschläge auf Mahnmale, jüdische Friedhöfe und andere Orte mit ähnlichem Symbolwert verüben, so zum Beispiel der Anschlag auf das Totenhaus des jüdischen Friedhofes in Potsdam im Januar 2001 oder die Schändung der Potsdamer Villa Grenzenlos im September 2000: „Und am 21. Sep-

³ Die offiziellen polizeilichen Zahlen sind nur mit Einschränkungen aussagekräftig. So ist zu beachten, dass laut Aussagen der Polizei inzwischen sensibler reagiert werde und von daher mehr Delikte verzeichnet werden. Auch ist unklar, inwieweit ein verändertes Anzeigeverhalten der Bevölkerung die Statistik beeinflusst. Möglicherweise werden mehr Straftaten als früher angezeigt, da die Bevölkerung sensibilisiert ist; möglich ist allerdings auch, dass insbesondere Migrant/innen aufgrund schlechter Erfahrungen weniger anzeigen.

tember, dem Tag der Fünfzigjahrfeier des Zentralrats der Juden, schmieren die Mitglieder der Gruppe Hakenkreuze, SS-Runen und antisemitische Parolen an die Potsdamer Villa Grenzenlos. In diesem Haus bietet die Jüdische Volkshochschule Kurse an. In dem hinterlassenen Pamphlet heißt es: „Wir haben keinen Platz im Deutschen Reich für diese geldgierige, unarische Rasse.“⁴

Wie viele der registrierten Straftaten mit rechtsextremem, fremdenfeindlichem oder antisemitischem Hintergrund mit Gewalt verbunden sind, lässt sich aus den zur Verfügung gestellten Statistiken für Potsdam nicht entnehmen.

Es ist davon auszugehen, dass neben den offiziell registrierten Delikten eine Vielzahl von mit Gewalt verbundenen Taten nicht angezeigt wird. Das gilt insbesondere für Übergriffe mit geringen körperlichen Verletzungen, für Überfälle gegen sich illegal in Potsdam aufhaltende Menschen oder für Angriffe gegenüber Szenen, die eine Distanz gegenüber der Polizei und staatlichen Verfolgungsorganen haben. Die Grauzone nicht angezeigter gewalttätiger Angriffe lässt sich nicht genau benennen, scheint jedoch nicht unbeträchtlich zu sein.⁵ Diese Übergriffe beeinträchtigen Sicherheit, Sicherheitsgefühl und Lebensqualität von in Potsdam lebenden Menschen – insbesondere von Flüchtlingen, Migrant/innen, linken oder alternativen Jugendkulturen – in starkem Maße.

Chronologien rechtsextrem motivierter Übergriffe zeigen auf, dass auch in Potsdam regelmäßig gewalttätige Angriffe mit rechtsextremem oder fremdenfeindlichem Hintergrund erfolgen. Folgende Beispiele aus dem Jahr 2001 sollen dies verdeutlichen:

*Rechtsextreme Übergriffe
in Potsdam*

26.4.2001

Ein 28-jähriger Nigerianer wurde im Bahnhofscenter von vier 17- bis 24-jährigen Deutschen überfallen. Das Opfer wurde umstellt, die Täter versuchten, seinen Rucksack zu entreißen. Dann wurde er geschlagen und beschimpft. (Berliner Zeitung, 28.4.2001)

17.5.2001

Drei junge Männer und ein Mädchen wurden von drei Angehörigen der rechten Szene an einer Bushaltestelle beschimpft und mit Fäusten geschlagen. (ddp)

⁴ www.klick-nach-rechts.de/gegen-rechts/2001/01/nationale-bewegung.htm.

⁵ Eine Untersuchung der AnStiftung Dresden schätzt, dass 50 bis 75 Prozent der gewalttätigen Übergriffe nicht angezeigt werden.

Vgl. www.kamalatta.de/opferperspektive/anstiftung.htm

25.8.2001

Ein 15-jähriger Jugoslawe wurde von einem 19-Jährigen als „Scheiß-Kanake“ und „Scheiß-Ausländer“ beschimpft und mit der Hand ins Gesicht geschlagen. (MAZ, 27.8.2001)

25.8.2001

Am Sonnabend war es gegen 18 Uhr zu einer Konfrontation zwischen gut 100 Hertha-Fans und einigen Hausbesetzern gekommen, als die Berliner Fans sich grölend dem besetzten Haus in der Rudolf-Breit-scheid-Straße 6 unweit des Karl-Liebknecht-Stadions näherten. Mehrere Augenzeugen haben ausgesagt, dass die besagten Hertha-Fans auf dem Weg vom Stadion zur S-Bahn-Station Babelsberg gezielt das besetzte Haus angesteuert hätten. Nach Angaben der Aktion Not-eingang haben die Hertha-Fans dann Steine aus dem Gleisbett der Straßenbahn aufgesammelt und mit Rufen wie „Zecken töten“ oder „Hier marschiert der nationale Widerstand“ die Steine in die Fenster-scheiben des Hauses geworfen. (...) Auf der Homepage des Hertha-Fanklubs Fanatics waren bereits Tage vor dem Spiel massive Hetz-parolen gegen Anhänger des SV Babelsberg aufgetaucht. (Berliner Zeitung, 31.8.2001)

29.8.2001

Drei türkische Jugendliche wurden von sechs deutschen rassistisch angepöbelt und mit Steinen und Flaschen attackiert. Verletzt wurde niemand. (ORB-Videotext, 30.8.2001)

8.11.2001

Mehrere Jugendliche haben in Potsdam eine 31-jährige Nigerianerin überfallen. Die Frau wurde zunächst in einem Linienbus mit ausländer-feindlichen Sprüchen beschimpft und mit Essensresten beworfen. Außerdem schlugen die Täter die Frau auch brutal auf den Hinterkopf. Nach Verlassen des Busses verfolgten zwei der Jugendlichen die Frau bis in das Stern-Einkaufscenter und drohten ihr Schläge an. Die von einem Wachmann alarmierte Polizeistreife nahm als Täter zwei 16 und 19 Jahre alte Jugendliche fest, die in eine Toilette geflüchtet waren. Die beiden polizeibekanntnen Jugendlichen blieben nach Erstattung einer Anzeige aber auf freiem Fuß. (ddp/dpa)

Die Erfahrungen von Menschen mit nicht-deutschem oder alternativem Aussehen bestätigen, dass die Möglichkeit, Opfer eines Überfalls zu werden, ständig präsent ist. Fremdenfeindlichkeit zeigt sich nicht nur in Form von Beleidigungen und Pöbeleien, sondern auch durch tätliche Übergriffe bei Alltagshandlungen, zum Beispiel Einkaufen oder Benutzen öffentlicher Verkehrsmittel.

Regionale Schwerpunkte von Gewalttaten sind übereinstimmend der Hauptbahnhof und einige der Plattenbausiedlungen. Genannt werden hier am häufigsten Schlaatz und Stern. Laut Aussagen der Polizei sind die letztgenannten Gebiete von der Deliktzahl her nicht auffälliger als die anderen Wohngebiete. Der Hauptbahnhof war bis zum Sommer 2001 einer der Schwerpunkte von rechtsextrem motivierten Aktivitäten. Inzwischen habe man, nach Aussagen der Polizei, die Aktivitäten dort jedoch unter Kontrolle. Eine Rolle hierbei spielt sicherlich auch die seit Mitte 2001 eingesetzte Videoüberwachung im Bahnhof.

*Regionale Schwerpunkte
und gefährliche Orte*

Dennoch ist in den Augen bedrohter Bevölkerungsgruppen der Hauptbahnhof ein unsicherer Ort, insbesondere abends und am Wochenende. Dann werde der Bahnhof zu einem Treff für rechte Jugendliche, und es komme immer wieder zu Übergriffen.

Auch die öffentlichen Nahverkehrsmittel gelten als gefährliche Orte, die von vielen gefährdeten Personen und Gruppen gemieden werden. Einige Bus- und Straßenbahnlinien und -haltestellen haben in diesem Kontext den Ruf, außerhalb der Hauptverkehrszeiten nicht gut benutzbar zu sein. So wird vom S-Bahnhof Babelsberg berichtet, dass sich die sogenannten Opfergruppen vor allem in den Abend- und Nachtstunden sehr vorsichtig verhalten (müssen), weil sie Gefahr laufen, von rechten Jugendlichen angepöbelt zu werden.

In Bezug auf rechtsextrem/fremdenfeindlich motivierte Straftaten ergibt sich deutlicher Handlungsbedarf: Notwendig sind Maßnahmen im Bereich der Prävention, um bedrohte Bevölkerungsgruppen im Vorfeld vor Übergriffen zu schützen. Darüber hinaus müssen Konzepte für Intervention und Reaktion entwickelt werden, um diese Gruppen in und nach Übergriffen zu unterstützen.

Ein bislang kaum behandeltes Thema ist die Bedrohung von Mitarbeiter/innen in Schule und Jugendhilfe durch rechtsextreme Jugendliche, von der im Rahmen von Interviews und Werkstattgesprächen berichtet wurde. Aufgrund der Sensibilität der Thematik können an dieser Stelle keine näheren Angaben dazu gemacht werden. Auch wenn es sich hierbei (noch) um ein vereinzelt auftretendes Problem handelt, besteht doch dringender Handlungsbedarf.



Ressourcen gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Gewalt

Sicherheitskonferenz

*Arbeitsfelder und
Aktivitäten der
Sicherheitskonferenz*

Die Stadt Potsdam ist seit geraumer Zeit gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit aktiv. Eine wichtige Rolle spielt in diesem Zusammenhang die Sicherheitskonferenz, die im Jahre 1995 aufgrund eines Stadtverordnetenbeschlusses eingerichtet wurde. Sie arbeitet unter den zentralen Zielstellungen, die Kriminalität zurückzudrängen und ein hohes Maß an Sicherheit und Ordnung in der Stadt zu gewährleisten. Zu den inhaltlichen Aufgabenfeldern, die im „Konzept des Inneren Friedens und der Inneren Sicherheit“ aufgeführt werden, zählen insbesondere Gewalt an Schulen, Suchtprävention, Gewalt in der Familie, Gewalt gegen Frauen, Aggressionsdelikte, Fahrrad- und Ladendiebstähle sowie der Bereich „Sicheres Wohnen“. Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit sind nicht explizit als Themenfelder benannt.

Im Januar 2001 wurde die Sicherheitskonferenz vom Bürgermeister, der Koordinator gegen Fremdenfeindlichkeit und Gewalt der Landeshauptstadt Potsdam ist, mit der Koordinierung der Aktivitäten gegen

Fremdenfeindlichkeit und Gewalt in Potsdam beauftragt. Seitdem stehen alle Aktionen unter dem Motto „Potsdam bekennt Farbe!“. In diesem Rahmen fanden seither mehrere Aktionen statt, unter anderem ein Schülerwettbewerb zur Gestaltung eines T-Shirts mit dem Logo „Potsdam bekennt Farbe!“, das Drachenfest der Potsdamer Schulen unter dem Leitgedanken *one sky – one world*, die Entwicklung der „Grünen Karte“ für Zivilcourage und viele weitere mehr. Darüber hinaus wurde eine Internetseite zu „Potsdam bekennt Farbe!“ eingerichtet, deren Aktualität noch gesteigert werden könnte.

Das Angebot der Sicherheitskonferenz deckt folglich mehrere Bereiche ab und beschränkt sich nicht auf die Thematik Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Gewalt. In der Einschätzung der Sicherheitskonferenz selbst und der Organisationen/Einrichtungen, die regelmäßig mit ihr zu tun haben, hat sich das Konzept der Sicherheitskonferenz bewährt, insbesondere der Punkt, dass das Konzept nicht starr ist, sondern Möglichkeiten bietet, flexibel auf aktuelle Problemlagen zu reagieren. Wichtig ist in diesem Kontext, dass die Sicherheitskonferenz sowohl auf die Probleme oder Konflikte, die an sie herangetragen werden, eingeht, als auch permanent die Entwicklung in der Stadt verfolgt und eigenständig Projekte entwickelt und umsetzt. Darüber hinaus können auch Projekte anderer Einrichtungen unterstützt werden, sei es finanziell oder durch die Bereitstellung anderer Ressourcen.

*Konzept der
Sicherheitskonferenz*

Durch ihre Arbeit steht die Sicherheitskonferenz in ständigem Kontakt mit Stadtverwaltung, Polizei (Schutzbereich, Soko TOME), Landeskriminalamt, Einrichtungen der Jugendarbeit sowie mit im Bereich Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit tätigen Organisationen. Von daher stellt sie eine Art Schaltstelle dar, die Informationen bündelt sowie Aktivitäten anregt und koordiniert. Diese Ressource sollte bei der Umsetzung des Aktionsplanes genutzt werden.

Neben der Arbeit der Sicherheitskonferenz, die viele der Aktivitäten gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit bündelt, setzen sich auch andere Bereiche der Stadtverwaltung Potsdam mit dieser Thematik auseinander, bieten Unterstützung an und gestalten unterschiedliche Aktivitäten, beispielsweise die Durchführung von Wettbewerben und Gedenkveranstaltungen sowie von Veranstaltungen unter einem bestimmten Motto (zum Beispiel Antirassismustag, Woche der ausländischen Mitbürger, Woche der Brüderlichkeit) und weitere Aktionen, die alle zu nennen an dieser Stelle den Rahmen sprengen würde.

*Weitere Aktivitäten der
Stadtverwaltung*

Polizei

Polizei Ein weitere wichtige Ressource bei der Bekämpfung von Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit – insbesondere wenn es um strafrechtlich relevante Vorfälle geht – stellt die Polizei dar.

In einem monatlichen Gefahrenlagebild werden sämtliche rechtsextremistischen Taten erfasst, zum Beispiel Hakenkreuzschmierereien, Spielen von rechtsgerichteter indizierter Musik, Gewalttaten mit rechtsextremem Hintergrund. Aus diesem Bericht lässt sich ablesen, ob es besondere regionale und/oder inhaltliche Schwerpunkte in Potsdam gibt.

Weiterhin besteht seit dem Jahr 2000 die Sonderkommission TOMEK (Täterorientierte Maßnahmen gegen Extremistische Gewalt), deren Aufgabenfeld das systematische Vorgehen gegen rechte Gewalttäter ist. Die SoKo TOMEK zielt folglich auf Personen, die durch ihre Gewalttaten Unsicherheit und Angst in der Bevölkerung verbreiten. Das siebenköpfige Ermittlerteam bündelt Informationen über rechte Straftäter und koordiniert die polizeilichen Gegenmaßnahmen. Insbesondere bei der Problematik um den Hauptbahnhof in Potsdam spielte die SoKo TOMEK eine wichtige Rolle bei der Auflösung einzelner Gruppen und bei der Beruhigung der gesamten Lage.

Weiterhin ist die Jugendbeauftragte der Potsdamer Polizei zu nennen, die – wenngleich sie für das gesamte Spektrum von Jugenddelinquenz zuständig ist – auch in Bezug auf Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit aktiv ist. Zwischen Jugendbeauftragter und den Regionalen Arbeitskreisen besteht eine Zusammenarbeit, die von den Beteiligten als positiv beschrieben wird.

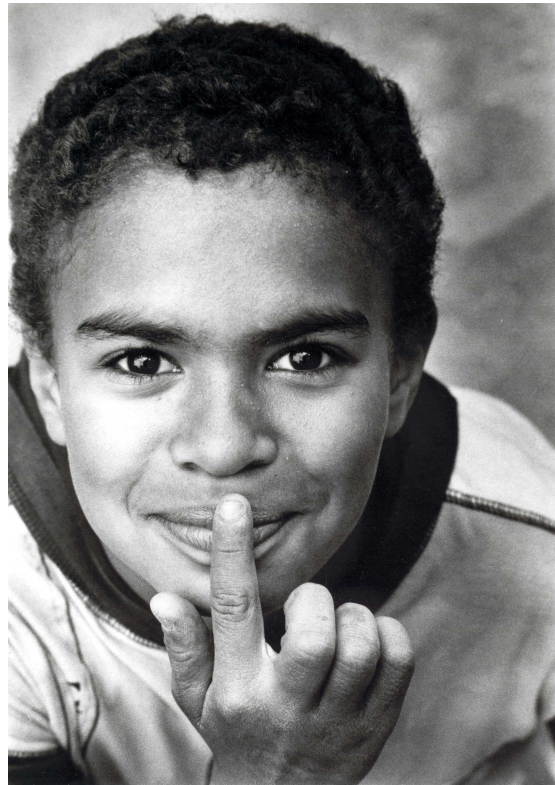
Ausländerarbeit/Flüchtlingsarbeit

Die Ausländerbeauftragte Eine wichtige Ressource sind die Initiativen der Ausländerbeauftragten. So veranstaltet sie einen Ausländer-Gesprächskreis beim Bürgermeister, in dem sich Vertreter/innen von verschiedenen Ausländerinitiativen, Organisationen sowie ehren- und hauptamtlich in der Ausländerarbeit Tätige regelmäßig treffen. Mittlerweile haben viele Sitzungen zu verschiedenen Themen des interkulturellen Zusammenlebens stattgefunden. Themenschwerpunkte des Gesprächskreises sind u. a. die Probleme der in der Stadt lebenden Ausländer/innen, Konzepte in der Ausländerarbeit sowie ein gegenseitiger Erfahrungs- und Informationsaustausch. Die Ausländerbeauftragte bietet darüber hinaus

Unterstützung bei der Vermittlung relevanter Themen aus dem Bereich Ausländerarbeit in die Stadtverwaltung.

Im Jahr 2001 fanden zwei Veranstaltungen statt, auf denen Sachbearbeiter/innen der Bereiche Soziales und Wohnen mit Vertreterinnen und Vertreter von Flüchtlingsinitiativen in einen Erfahrungs- und Informationsaustausch getreten sind, um gegenseitiges Verständnis herzustellen bzw. zu vertiefen.

Eine weitere wichtige Ressource stellt die Arbeit des Ausländerbeirats dar. Als ein von ausländischen Bürger/innen Potsdams gewähltes Parlament, das mit einer Geschäftsstelle am Büro der Stadtverordnetenversammlung angegliedert ist, trägt der Ausländerbeirat entscheidend zu einer positiven Atmosphäre des politischen Klimas bei. Seit zehn Jahren steht der Ausländerbeirat der Potsdamer Stadtverordnetenversammlung beratend zur Seite, bietet Raum für die Thematisierung vielfältiger Probleme, beispielsweise bei der schulischen Eingliederung von fremdsprachigen Kindern, und unterbreitet den Fraktionen der Stadt, den einzelnen Ausschüssen oder dem Schulamt Vorschläge auf dem Gebiet der Integration und der Zuwanderung. Weiterhin engagiert er sich im Rahmen von „Potsdam bekennt Farbe!“, arbeitet mit der Sicherheitskonferenz zusammen und initiiert bzw. unterstützt Projekte wie die „Woche der ausländischen Mitbürger“ oder Aktionen zur doppelten Staatsbürgerschaft. Auch steht der Ausländerbeirat in engem Kontakt zu einer Gesamtschule und leistet in weiteren Schulen Aufklärungsarbeit.



Der Ausländerbeirat

Weitere im Bereich der Ausländerarbeit tätige Organisationen und Initiativen sind beispielsweise die Berlin-Brandenburgische Auslandsgesellschaft, die u. a. Sprachkurse anbietet, der Verein BeDiTo, der für die Förderung des interreligiösen Dialoges eintritt, u. a. m. An dieser Stelle ist anzumerken, dass wir im Rahmen der Erstellung des Aktionsplanes einige der angeschriebenen kleineren Vereine und Initiativen trotz telefonischer Nachfrage nicht erreicht haben. Inwieweit sie eine Ressource für die Umsetzung des Aktionsplanes darstellen, lässt sich von daher kaum beurteilen. Mit Sicherheit ist eine intensive Aktivierung in diesem Feld nötig, um die zweifellos vorhandenen Ressourcen vollständig zu erschließen.

Weitere Initiativen

Flüchtlingsarbeit Im Bereich der Flüchtlingsarbeit ist der „Flüchtlingsrat des Landes Brandenburg e.V.“ eine wichtige Anlaufstelle. Vor sieben Jahren gegründet, engagiert sich der Rat für die Verbesserung der Situation von Flüchtlingen in Brandenburg und unterstützt in diesem Rahmen auch Potsdamer Flüchtlinge und deren Aktivitäten. In den Bereichen Betreuung und Beratung von Potsdamer Flüchtlingen ist insbesondere die Flüchtlingsberatungsstelle der Diakonie für Flüchtlingsbetreuung in Wohnungen zu nennen. Da es keine externe Beratungsstelle und Kontaktmöglichkeit für Flüchtlinge aus den Heimen gibt, suchen diese regelmäßig die Beratungsstelle der Diakonie auf. Eine wichtige Rolle nimmt auch die Flüchtlingsseelsorgerin der evangelischen Kirche ein, die für alle Flüchtlinge zuständig ist. Von den weiteren in diesem Bereich tätigen Organisationen ist vor allem die Initiative für Ausländer e.V. zu nennen.

Opferhilfe Unterstützung und Beratung für Opfer von fremdenfeindlicher und rechtsextremer Gewalt bieten verschiedene Organisationen und Initiativen an, so zum Beispiel die Opferberatung beim Diakonischen Werk Potsdam e.V., die Opferperspektive e.V. oder die Opferberatung Potsdam des Vereins zur Förderung des Täter-Opfer-Ausgleichs Brandenburg e.V.

Die Stadtverwaltung beteiligt sich mit der Kennzeichnung von öffentlichen Gebäuden an der landesweiten „Aktion Noteingang“ und bietet damit potenziellen Opfern Schutz bei Übergriffen.

Zusammenfassend für diesen Bereich lässt sich feststellen, dass in Potsdam sowohl eine Sensibilisierung in weiten Bereichen für die Thematik Fremdenfeindlichkeit und Gewalt vorhanden ist als auch ein dichtes Netz von in diesem Gebiet tätigen Organisationen und Initiativen. Insbesondere das Netz zwischen der Diakonieberatungsstelle, der Initiative für Ausländer, der Ausländerseelsorgerin, der Opferperspektive und dem Flüchtlingsrat scheint gut zu funktionieren.

Weitere Initiativen und Interessenvertretungen

Universität und Fachhochschule Weitere Ressourcen könnten die Universität und die Fachhochschule Potsdam sein. Dort sind u.a. die Asten (Allgemeinen Studentenausschüsse) aktiv, veranstalten Informationsveranstaltungen zur Lage von Flüchtlingen oder geben entsprechende Solidaritätsbekundungen ab. Weiterhin bestehen Verbindungen zu antifaschistischen Initiativen und es finden vereinzelt Organisationsversuche von ausländischen Studierenden statt.

In den Bereichen Mediation und Umgang mit Konflikten bietet der Arbeitskreis Mediation „Zankapfel“ – ein Zusammenschluss verschiedener Träger und Mediator/innen – Trainings und Konfliktvermittlung an.

Arbeitskreis Mediation

Ressourcen, über die zu diesem Zeitpunkt nur wenig konkrete Aussagen gemacht werden können, sind die antifaschistischen Initiativen in Potsdam sowie Schüler- bzw. Jugendinitiativen, wie zum Beispiel die Weiße Rose. Es ist zu vermuten, dass Schüler- bzw. Jugendinitiativen eine wichtige Ressource darstellen könnten, wenn auch jugendgemäße Partizipationsformen bei der Umsetzung des Aktionsplanes erfolgen und eine entsprechende Aktivierung stattfindet.

Schüler- und Jugendinitiativen

Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit

Die Schulsozial-, Straßensozial- und Jugendarbeit in Potsdam bietet vielfältige Ressourcen und Ansatzpunkte in der Arbeit für Toleranz und Demokratie sowie gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. Die Jugendarbeit der Stadt legt einen Schwerpunkt auf präventive Maßnahmen und hat eine permanente Demokratie- und Toleranzernziehung zum Ziel. In den letzten Monaten und Jahren haben verschiedene Maßnahmen und Veranstaltungen stattgefunden, an die dieser Aktionsplan anknüpfen wird. Aus Sicht der Akteur/innen der Jugendhilfe stehen im Bereich der Prävention vielfältige Potenziale für die Entwicklung des Aktionsplanes zur Verfügung, die in diesem Zusammenhang vorgestellt werden.

Grundsätze der Jugend(sozial)arbeit

Ein wichtiger Leitgedanke ist die Einübung von gewaltfreien Konfliktlösungsmöglichkeiten und die Förderung von demokratischem Handeln durch Partizipation der Jugendlichen. Die Akteur/innen der Jugendarbeit legen Wert darauf, ein demokratisches Modell vorzuleben, das durch Transparenz und Einbeziehung geprägt ist. Hierzu gehört die starke Einbindung der Jugendlichen in die Planung von Maßnahmen und Veranstaltungen und im besten Fall eine eigenständige Interessenvertretung der Jugendlichen, zum Beispiel durch Clubräte. Allgemein geht es, wie es Mitarbeiter/innen aus der Jugendarbeit formulierten, um alle Maßnahmen, die „den voyeuristischen Passivkonsumenten“ zum partizipierenden Akteur werden lassen. Ziel ist die Entwicklung von sozialer Kompetenz und die Förderung von Selbstvertrauen durch demokratische Einflussmöglichkeiten. Dabei sollen gerade jüngere Jugendliche gestärkt werden, eine eigene Position und Kommunikationsbereitschaft zu entwickeln.

Angebote und Aktivitäten der Jugendarbeit

Die Jugendhilfe in Potsdam bietet eine Vielzahl von kulturellen Angeboten für Kinder und Jugendliche. Die Mitarbeiter/innen der Jugendhilfe formulieren das Ziel, über Kunst und Kultur die Entwicklung einer eigenen Lebenskultur zu fördern. Diese Angebote ermöglichen einerseits Ausdrucksmöglichkeiten (zum Beispiel durch Theater-, Kunst- und Musikworkshops) und andererseits das Kennenlernen anderer Kulturen (zum Beispiel durch internationale Kochprojekte, Workshops mit Schüler/innen und Lehrer/innen oder Kinderkulturtage).

In Potsdam gibt es eine vielfältige und rege Jugendszene mit sehr unterschiedlichen Ausdrucksformen und Stilen. Diese Vielfalt an Jugendkulturen ist eine wichtige Ressource, wenn es darum geht, Akzeptanz und Toleranz gegenüber anderen Meinungen und Lebensstilen zu entwickeln. Deshalb ist die Stärkung von demokratischen und alternativen Jugendkulturen durch die Schaffung von Freiräumen ein Schwerpunkt der Jugendarbeit in Potsdam.¹ Hierzu gehören Konzertveranstaltungen und Straßenfeste ebenso wie Treffpunkte, die Einrichtung einer Skaterbahn oder die Initiative zur Bildung eines Fan-Projektes SV Babelsberg 03.

Ein Beispiel für die Aktivierung von jugendkulturellen Zusammenhängen ist das aus dem Umkreis der Fan-Initiativen im Sommer 2001 veranstaltete 1. antirassistische Stadionfest „Der Ball ist bunt“, das im Rahmen des Handlungskonzeptes „Tolerantes Brandenburg“ gefördert wurde.

Kontakt und Interesse zwischen Jugendlichen, die unterschiedlichen Jugendkulturen oder Ethnien angehören, wird in der Potsdamer Jugendarbeit durch unterschiedliche Formen von Begegnungen gefördert. Die Angebote reichen von gemeinsamen Diskoveranstaltungen und Straßenfußballturnieren über Grillabende bis zum Jugendaustausch. In diesem Kontext sind teilweise auch gute Erfahrungen damit gemacht worden, mit unterschiedlichen oder gar verfeindeten Jugendszenen gemeinsam etwas zu unternehmen. Einig ist man sich darüber, dass solche Ansätze nur unter bestimmten Bedingungen und unter genauer Bestimmung von Zielen und Zielgruppen funktionieren können.

Den Bedürfnissen vieler Jugendlicher nach neuen Erfahrungen und Grenzerlebnissen versuchen die Jugendarbeiter/innen durch erlebnispädagogische Maßnahmen und offene Sportangebote nachzu-

¹ Vgl. den Bericht „Lokale Initiativen – Entwicklungstendenzen bei der Umsetzung des Handlungskonzeptes Tolerantes Brandenburg im kommunalen Raum“ vom 26.9.2001.

kommen. So gehören Freizeiten in einigen Jugendeinrichtungen zum festen Bestandteil der Angebote.

Auch im direkten Umgang mit rechtsextrem orientierten Jugendlichen gibt es ein gutes Fundament in der Jugendhilfe der Stadt Potsdam. So wird in den verschiedenen Vernetzungsrunden der Jugendhilfe ein reger Austausch zu diesem Thema praktiziert. Die Akteur/innen der Jugendhilfe arbeiten, wenn es möglich ist, mit der Regionalen Arbeitsstelle für Ausländerfragen, dem Mobilen Beratungsteam, Trägern aus dem Sportbereich und auch mit der Polizei zusammen und reflektieren sozialpädagogische Konzepte im Umgang mit rechts orientierten jugendlichen Gruppen.

Umgang mit rechts orientierten Jugendlichen

Zuletzt wurde im Rahmen der Erstellung dieses Aktionsplans, angeleitet durch das Mobile Beratungsteam, ein allgemeiner Informationsstand über die Erscheinungsformen des Rechtsextremismus erreicht, eine Bestandsaufnahme der lokalen Entwicklung in den Quartieren erstellt und über Handlungsmöglichkeiten der Jugendarbeit diskutiert. Darüber hinaus haben in den letzten Monaten zahlreiche Fortbildungsveranstaltungen und Fachdiskussionen stattgefunden. Dies ist eine wichtige Grundlage für die direkte und schnelle Reaktion, wenn jugendliche Gruppen mit rechtsextremen Symbolen, Musik etc. in einer Einrichtung oder im öffentlichen Raum auftreten.

Bei einem großen Teil der Akteur/innen der Jugendhilfe, so ein Ergebnis eines Werkstattgespräches, scheint Einigkeit darüber zu bestehen, dass Schlüsselpersonen der rechtsextremen Szene keinen Zutritt zu den Einrichtungen der Jugendhilfe haben sollen. Hilfreich ist nach Meinung der Akteur/innen in diesem Zusammenhang eine klare Profil- und Zielgruppenbestimmung der Einrichtung. Organisierte Rechtsextreme, meist junge Erwachsene, können nicht durch die Jugendhilfe erreicht werden und müssen als Zielgruppe anderer staatlicher Einrichtungen betrachtet werden. Erreicht werden können bestenfalls rechts orientierte Jugendliche, solange sie nicht die Möglichkeit bekommen, eine Jugendeinrichtung kulturell zu dominieren. Rechts orientierte Jugendliche werden also nicht von vornherein ausgegrenzt. Die Straßensozialarbeiter/innen beispielsweise arbeiten explizit mit „Punks und Glatzen“. Konsens ist dabei, dass man sich darüber klar sein muss, ob man etwas bei den Jugendlichen bewirken kann, insbesondere bei den Jüngeren. Diese suchen die Auseinandersetzung, so dass sich die Chance bietet, auf sie Einfluss zu nehmen und so ideologischen Verfestigungen zu begegnen. Weiterhin ist Konsens, dass klare Grenzen gesetzt sowie die eigenen Standpunkte und Werte deutlich herausgestellt werden müssen.



Hierbei ist von besonderer Bedeutung, dass bezüglich schwieriger und ggf. „unpopulärer“ Entscheidungen die Träger der Einrichtung ihre Verantwortung wahrnehmen und die Mitarbeiter/innen unterstützen.

Im Zusammenhang mit Rechtsextremismus und Gewalt werden von den Akteurinnen und Akteuren der Jugendhilfe zwei Leitgedanken formuliert: Erstens soll die Perspektive der Opfer in der Auseinandersetzung mit rechtsextrem motivierter Gewalt eine zentrale Rolle spielen. So müssen die von Bedrohung und Gewalt betroffenen Jugendlichen gestärkt und geschützt werden. Zweitens müssen die sozialen Ursachen von Gewalt gerade bei jüngeren Jugendlichen präventiv bearbeitet werden, also zum Beispiel Probleme in Schule, Elternhaus etc. Deshalb wird aus der Jugendhilfe heraus versucht, Krisenberater/innen zu vermitteln oder auch spezielle Fahrten mit problembehafteten Jugendlichen durchzuführen.

Schule

*Aktivitäten im Bereich
Schule*

Schule als ein zentraler Aufenthaltsort für Jugendliche kommt bei der Entwicklung eines gesamtstädtischen Handlungskonzeptes für Toleranz und Demokratie sowie gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit eine große Bedeutung zu. Ähnlich wie im Bereich Jugendhilfe haben an Potsdamer Schulen in den vergangenen Monaten zahlreiche Veranstaltungen und Maßnahmen stattgefunden, die weiterentwickelt und ausgebaut werden sollten. Seit März 1999 existiert eine Beratungsstelle für das Handlungskonzept „Tolerantes Brandenburg“ beim Staatlichen Schulamt Potsdam (jetzt Staatliches Schulamt Brandenburg an der Havel). Diese Beratungsstelle sieht ihre Aufgabe vor allem darin, die Initiativen von Schulen zu unterstützen oder gezielte Angebote anderer Partner/innen vor Ort einzubringen. Sie berät Schulleiter/innen, Lehrer/innen, Schüler/innen und Eltern und gibt einen Infobrief zum Thema Gewalt, Extremismus und Rassismus heraus.

*Mediation an Potsdamer
Schulen*

Der Schwerpunkt der Beratungsstelle liegt auf der gewaltpräventiven Arbeit, um den Aggressionen von Jugendlichen an den Schulen mög-

lichst wirkungsvoll zu begegnen. Eine geeignete Methode der gewaltfreien und selbstverantwortlichen Konfliktlösung ist, auch nach Ansicht vieler Akteur/innen in der Schule (Lehrer/innen, Schulsozialarbeiterinnen und -arbeiter und Direktor/innen), die Mediation. Auf Anregung der Sicherheitskonferenz und auf Initiative des Staatlichen Schulamtes Potsdam wurde Mediation als Methode, Konflikte gewaltfrei zu lösen, an vielen Potsdamer Schulen eingeführt. Hierzu wurden Lehrerinnen und Lehrer an verschiedenen Schulen ausgebildet. Eine sehr wichtige Erweiterung des Konzeptes ist die Ausbildung von Schülerinnen und Schülern als sogenannte Konfliktlotsen oder Streitschlichter/innen. Durch diese Peer-Mediation können die Kompetenzen und Einflussmöglichkeiten der Mitschülerinnen und Mitschüler für die Konfliktbearbeitung und -lösung genutzt werden.

Darüber hinaus haben in der Vergangenheit laut Bericht der Beratungsstelle zahlreiche Maßnahmen an verschiedenen Schulen stattgefunden, die sich in vier Bereiche zusammenfassen lassen:

Maßnahmen gegen Gewalt und Rechts extremismus an Schulen

- internationale Begegnungen und Partnerschaften mit Jugendlichen und Schulen,
- Auseinandersetzung mit der jüngsten Geschichte durch Geschichtswerkstätten, Zeitzeugen und Gedenkstättenfahrten,
- Projekte zum multikulturellen Lernen, beispielsweise interkulturelle Projektstage und Feiern in Zusammenarbeit mit der Regionalen Arbeitsstelle für Ausländerfragen und Einrichtungen der Jugendhilfe sowie Kontakte mit den Flüchtlingsheimen,
- Teilnahme an verschiedenen Wettbewerben, zum Beispiel zum Thema Fremdenfeindlichkeit der Bundeszentrale für Politische Bildung.

Im Rahmen der Arbeit gegen Gewalt und Rechtsextremismus haben einige Schulen die Zusammenarbeit mit der Polizei und der Sicherheitskonferenz intensiviert. So kann bei bestimmten Vorfällen eine schnelle Reaktion erfolgen und die Polizei kommt im Rahmen von Informationsveranstaltungen, Projekttagen etc. in die Schulen, um Aufklärungsarbeit zu leisten. Im Bereich der Berufsschulen wird bei rechts-extremen Vorfällen in der Schule oder dem Betrieb mittlerweile eine engere Abstimmung mit dem Ausbildungsträger versucht. Viele Schulen arbeiten mit der Regionalen Arbeitsstelle für Ausländerfragen zusammen, die ein umfangreiches Angebot an Materialien und Bausteinen für den Unterricht bereitstellt.

Ziele

Gemeinsam mit den Akteur/innen aus den verschiedenen Arbeitsbereichen wurden für den Lokalen Aktionsplan für Toleranz und Demokratie gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit Ziele erarbeitet, die mit den vorgeschlagenen Maßnahmen erreicht werden sollen:

- (1) Der Aktionsplan soll Signale für die Politik setzen und ein Wegweiser dafür sein, was in Potsdam getan werden muss.
- (2) Der Einfluss des organisierten Rechtsextremismus und das Ausbreiten einer rechtsradikalen Jugendkultur sollen gestoppt werden. Eine Dominanz von rechtsradikal orientierten Jugendgruppen an bestimmten öffentlichen Plätzen und Einrichtungen muss verhindert und auf Unterwanderungs- und Rekrutierungsversuche durch Rechtsradikale soll konsequent reagiert werden.
- (3) Es gilt, eine Öffentlichkeit in der Stadt zu schaffen, welche offen für unterschiedliche Sicht- und Lebensweisen ist und konsequent mit den Erscheinungen von Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus umgeht. Diskriminierendes und rassistisches Verhalten im öffentlichen Raum soll verhindert und Vorurteile abgebaut werden.
- (4) Die von rechtsextrem motivierter Gewalt und Bedrohungen betroffenen Bevölkerungsgruppen, insbesondere Flüchtlinge, Migrantinnen und Migranten, alternative Jugendliche, müssen geschützt und unterstützt werden. Für die Bürger/innen soll das Eingreifen in konkreten Bedrohungssituationen normal und selbstverständlich werden.
- (5) Die Kooperation und Vernetzung der verschiedenen Akteur/innen soll ressortübergreifend gestärkt und der Informationsfluss optimiert werden. Dadurch soll die Effektivität gesteigert und verhindert werden, dass dieselbe Arbeit von verschiedenen Stellen gleichzeitig geleistet wird. Mehr Transparenz kann neue Möglichkeiten der Zusammenarbeit aufzeigen.
- (6) Informationen, Erkenntnisse und Handlungskonzepte zum Themenkomplex werden den professionellen und ehrenamtlichen Ak-

teur/innen aus Jugendhilfe, Schule, Stadtverwaltung, Verbänden und Initiativen durch ein umfassendes und koordiniertes Fortbildungsangebot, das die Kompetenzen aller Akteur/innen vereinigt, zugänglich gemacht.

- (7) Die Maßnahmen des Aktionsplans sollen effektiv und effizient umgesetzt werden, deshalb bedarf es einer abgestimmten Steuerung und Sicherung des Umsetzungsprozesses.
- (8) Im Rahmen der Umsetzung des Aktionsplans sollen nicht nur professionelle Akteur/innen einbezogen werden, sondern verstärkt auch Eltern und Bürger/innen allgemein. Die Aktivierung und Beteiligung von Bürger/innen sind wichtige Elemente, um das zivilgesellschaftliche Engagement zu stärken.

Maßnahmen

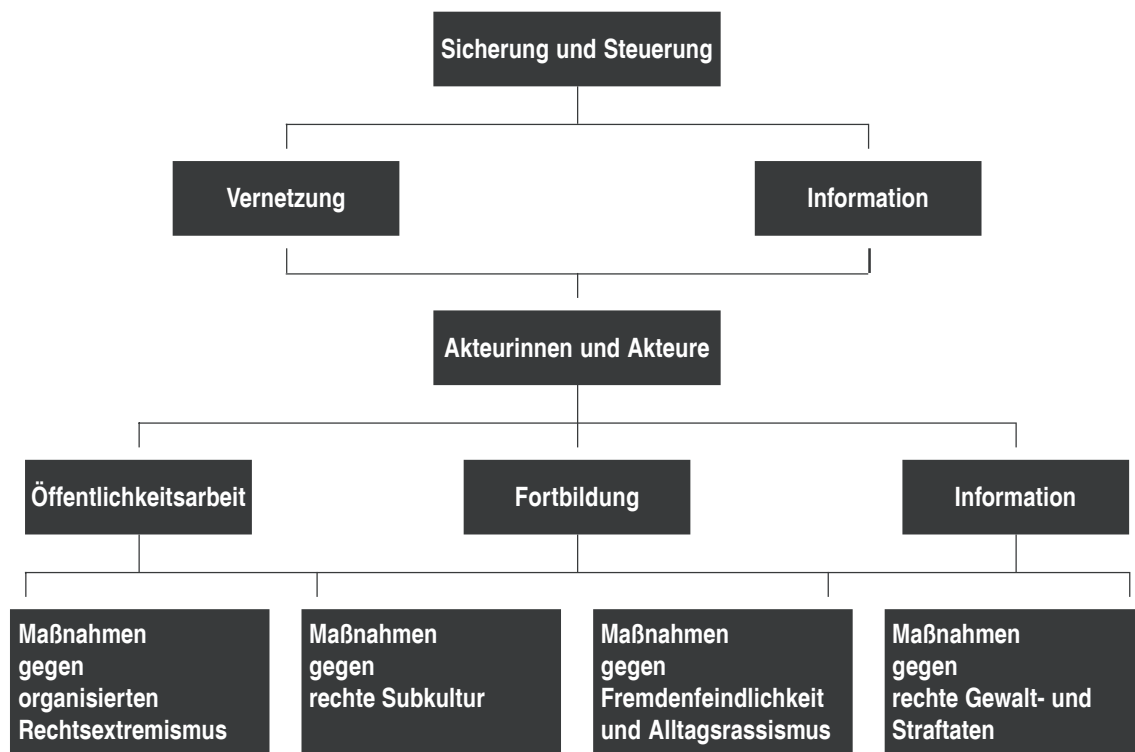
Die folgenden Maßnahmen sollen der Erreichung der im vorangegangenen Kapitel formulierten Ziele dienen. Der Katalog baut auf den Erfahrungen der Potsdamer Akteur/innen auf und listet Aktivitäten und Maßnahmen auf, die gemäß den formulierten Leitlinien als erfolgversprechend eingeschätzt wurden.

Der Maßnahmenkatalog ist nach den Handlungsfeldern gegliedert, die sich im Laufe der Potsdamer Situationsanalyse als bedeutsam für eine umfassende Bearbeitung von Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Gewalt herauskristallisiert haben. Aufgrund des Ansatzes, den Aktionsplan als ein integriertes Gesamtkonzept zu entwickeln, beinhaltet der folgende Katalog sowohl Aktivitäten, die schon derzeit durchgeführt werden, als auch Maßnahmen, die das derzeitige Aktivitätenspektrum ausbauen und ergänzen.

Auf Grundlage des Maßnahmenkataloges als eine systematische Sammlung von Vorschlägen und bereits bestehenden Aktivitäten ergibt sich für die Stadt Potsdam ein Überblick, auf welchen Feldern Handlungsbedarf und Handlungsmöglichkeiten bestehen. Letztlich müsste nun entschieden werden, welche Prioritäten und Schwerpunkte gesetzt und wie die entsprechenden Maßnahmen koordiniert werden. Von daher kommt der Umsetzung der unter dem Punkt „Sicherheit und Steuerung“ genannten Maßnahmen – Einrichtung einer Servicestelle zur Umsetzung des Aktionsplanes und Schaffung eines Expertenbeirats – besondere Bedeutung zu, um dies leisten zu können.

Maßnahmen gegen organisierten Rechtsextremismus und rechtsextreme Subkultur

Leitlinien Gegen die Unterwanderungs- und Rekrutierungsversuche des organisierten Rechtsextremismus muss ebenso schnell, konsequent und koordiniert vorgegangen werden wie gegen die Dominanz von rechtsextrem orientierten Jugendgruppen in Einrichtungen und an öffentlichen Plätzen. Dies kann nur durch einen allgemeinen guten Informationsstand, ständige Reflexion und gemeinsam erarbeitete Handlungskonzepte erreicht werden. Darüber hinaus müssen demokratische



Struktur der Maßnahmen für Toleranz und Demokratie gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit

Potenziale in den verschiedenen nicht rechtsextrem orientierten Jugendkulturen gestärkt werden.

- (1) Entwicklung eines gemeinsamen und abgestimmten Konzepts der Jugendhilfe für den Umgang mit rechtsextrem orientierten Jugendgruppen. Insbesondere werden Regelungen für den Umgang mit Symbolen, rechtsextremer Musik und Verhaltensweisen vereinbart. Dieses Konzept wird mit weiteren Akteuren abgestimmt (Schule, Ordnungsamt, MEGA, SoKo TOMEg etc.).
- (2) Entwicklung eines umfassenden Sicherheitskonzeptes für den Bereich der öffentlichen Verkehrsmittel und Bahnhöfe
- (3) kurzfristige Erarbeitung eines Handlungskonzepts für das akute Problem der Versuche von rechtsextrem orientierten Jugendlichen, verschiedene Ordnergruppen zu unterwandern und zu dominieren
- (4) kurzfristige Erarbeitung eines Handlungskonzepts gegen die Rekrutierungsversuche des organisierten Rechtsextremismus vor Schulen und an informellen Treffpunkten von Jugendlichen
- (5) regelmäßige Reflexion in den regionalen Vernetzungsrunden der Jugendhilfe (Regionale Arbeitskreise)

Einzelmaßnahmen

- (6) Erstellung von Informationsbroschüren „Recht gegen Rechts“ und „Strategien moderner Formen des Rechtsextremismus“ als Handreichung für Verwaltungen, Jugendeinrichtungen, Schulen, Verbände und Organisationen
- (7) Bereitstellung von Räumen und Schaffung von Entfaltungsmöglichkeiten für demokratische, alternative und nicht rechtsextreme Jugendkulturen: Gemeinsam mit Jugendlichen verschiedener Jugendkulturen wird eine Initiative zur Gestaltung von Jugendkultur im öffentlichen Raum entwickelt. Dabei steht im Vordergrund, die vorhandenen Ressourcen im jeweiligen Stadtteil effektiv zu nutzen.
- (8) Stärkung selbstverantwortlich geleiteter Jugendtreffs
- (9) Schaffung von mehr Räumen und Rückzugsmöglichkeiten für Jugendliche in den Schulen
- (10) Organisierung gemeinsamer Unternehmungen verschiedener Jugendszenen, zum Beispiel im Rahmen eines Fußballturniers

Handlungszuständigkeit Ausländerbeauftragte, Jugendamt, Ordnungsamt, Staatliches Schulamt Brandenburg an der Havel, Schulleiter/innen, Polizei, Sicherheitskonferenz, private Sicherheitsdienste, lokale Rechtsextremismusexpert/innen

Maßnahmen gegen Fremdenfeindlichkeit und Alltagsrassismus

Maßnahmen zum Abbau von Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierung im öffentlichen Raum

Leitlinien Hier geht es darum, diskriminierendes und rassistisches Verhalten im öffentlichen Raum aufzuzeigen und Strategien zu dessen Verhinderung zu entwickeln. Es gilt, die Öffentlichkeit für das Ausmaß und die Folgen von Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus zu sensibilisieren sowie ein Klima von Offenheit für die jeweilige Vielfalt der Sicht- und Lebensweisen zu schaffen, zum Beispiel durch die Förderung von Begegnungen und Kontakten der verschiedenen Kulturen. Darüber hinaus ist es von Bedeutung, Menschen ausländischer Herkunft zu unterstützen – und zwar sowohl bei der Bewältigung ihres Alltages als auch, wenn sie Opfer von Übergriffen oder Diskriminierung werden. Der Förderung von Zivilcourage kommt in diesem Kontext folglich besondere Bedeutung zu.



A Einzelmaßnahmen zur Sensibilisierung der Öffentlichkeit für das Ausmaß und die Folgen von Diskriminierung, Rassismus und Rechtsextremismus

- (11)** Demokratie- und Toleranzprogramme für Multiplikatoren-Gruppen (zum Beispiel Betzavta-Seminare) *Einzelmaßnahmen*
- (12)** verstärktes Angebot der außerschulischen politischen Jugendbildung zu den Themen, Rassismus, Leben in der multikulturellen Gesellschaft, Flucht und Migration u. a.
- (13)** verstärkte Umsetzung von Konzepten interkultureller Bildung in Kindertagesstätten
- (14)** flächendeckendes Angebot von Mediation, Konfliktschlichtung und Kommunikationstrainings für die Schulen
- (15)** Schülerwettbewerbe zum Thema Fremdenfeindlichkeit (zum Beispiel über die Bundeszentrale für politische Bildung)
- (16)** Weiterentwicklung und verstärkter Einsatz der vorhandenen Bausteine und Medienpakete zu den Themen Fremdenfeindlichkeit, Rechtsextremismus, multikulturelle Gesellschaft. Diese Angebote können von Schulen und Jugendeinrichtungen für Unterrichtsgestaltung, Veranstaltung von Projekttagen etc. abgerufen werden.
- (17)** flächendeckende Durchführung von interkulturellen Projekttagen (Angebot der Regionalen Arbeitsstelle für Ausländerfragen)

- (18) erweiterte Freistellung von Lehrer/innen (eine halbe Stelle pro Schule), um sich speziell um die Durchführung von Projekten und Trainingsmaßnahmen in den Themenbereichen Demokratie, Toleranz, Fremdenfeindlichkeit, Zusammenleben der Kulturen sowie um Fortbildungen für das jeweilige Kollegium zu kümmern
- (19) Integration von Unterrichtseinheiten zur Behandlung von Themen aus den Bereichen Rechtsextremismus und Rassismus in den Fachunterricht (zum Beispiel in den naturwissenschaftlichen Fächern)

Handlungszuständigkeit Ausländerbeauftragte, Jugendamt, Staatliches Schulamt Brandenburg an der Havel, Regionale Arbeitsstelle für Ausländerfragen (RAA), Pädagogisches Landesinstitut Brandenburg, Sicherheitskonferenz

B Einzelmaßnahmen zur Förderung von Begegnungen und Kontakten

- Einzelmaßnahmen*
- (20) Begegnung von Flüchtlingsheimbewohner/innen (Jugendlichen und Eltern) mit Schüler/innen und Lehrer/innen
 - (21) Familienpatenschaften mit Zugewanderten in Wohngebieten
 - (22) ehrenamtlich gestalteter Sprachunterricht in Heimen und Wohngebieten
 - (23) multikulturelle Weihnachtsfeiern und andere Feste
 - (24) Schaffung von niedrigschwelligen und wohnortnahen Begegnungsorten für die verschiedenen Kulturen, zum Beispiel in Bürgerhäusern
 - (25) verstärkte interkulturelle Öffnung der Sportvereine

Handlungszuständigkeit Ausländerbeauftragte, Jugendamt, Staatliches Schulamt Brandenburg an der Havel, RAA, Bürgerhäuser, Träger der Asylbewerberheime, Schulleiter/innen, Stadtsportbund

C Einzelmaßnahmen zur Bewältigung des Alltages von Menschen ausländischer Herkunft

- Einzelmaßnahmen*
- (26) Erstellung einer Broschüre über die Stadt Potsdam (Stadt- und Behördenführer) in unterschiedlichen Sprachen
 - (27) Überarbeitung der Internetdarstellung der Stadt Potsdam: spezielle Hinweise und Angebote für Menschen ausländischer Herkunft, entsprechende Linklisten und Präsentation der Seite in verschiedenen Sprachen
 - (28) Fortbildungen für Flüchtlinge in Bezug auf ihre Rechte und Pflichten

(29) Trainings für Migrant/innen und Flüchtlinge in den Bereichen Selbstbehauptung und Deeskalation

(30) Umweltkarten für Kinder von Flüchtlingen, die nicht im eigenen Stadtteil zur Schule gehen

Schulverwaltungsamt, Sozialamt, Ausländerbeauftragte, Ausländerbehörde, Pressestelle, Volkshochschule, Träger der Asylbewerberheime

Handlungszuständigkeit

D Einzelmaßnahmen zur Entsolidarisierung mit den Tätern sowie öffentliches Zeigen von Zivilcourage

(31) Unterstützung von Bürgerinitiativen für mehr zivilgesellschaftliches Engagement

Einzelmaßnahmen

(32) Trainings zu Zivilcourage und Deeskalation für Bürger/innen und für Angestellte der Stadtverwaltung sowie entsprechende Fortbildungsprogramme für Ehrenamtliche

(33) Anti-Diskriminierungsvereinbarungen in Betrieben

(34) verstärkte Positionierung und Öffentlichkeitsarbeit der Einrichtungen des ÖPNV, keine Übergriffe in Bussen und Bahnen oder auf Bahnhöfen zu dulden

(35) Vermittlungsangebote bei Konflikten zwischen deutschen Anwohner/innen bzw. Flüchtlingen/Ausländer/innen

Sicherheitskonferenz, Arbeitgeberverbände, Gewerkschaften, Betriebs- und Personalräte, Ausländerbeauftragte, soziale Dienste, Wohnungsbaugesellschaften, Vereine

Handlungszuständigkeit

Maßnahmen zur Veränderung der strukturellen Bedingungen von Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierung

Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierung werden auch durch politische und gesellschaftliche Rahmenbedingungen gefördert, die Menschen ausländischer Herkunft, insbesondere Flüchtlinge und Asylbewerberinnen und Asylbewerber, als „Menschen zweiter Klasse“ erscheinen lassen. Von daher erweist es sich als notwendig, auch an diesen Bedingungen anzusetzen, um Veränderungen in Einstellung und Verhalten in der Bevölkerung zu erreichen. Mögliche Maßnahmen können sich auf die strukturelle Verbesserung der Nachbarschaftsverhältnisse

Leitlinien

von Menschen ausländischer Herkunft, auf den weiteren Abbau des Sachleistungs- und Gutscheinsprinzips und auf die Förderung des Spracherwerbs beziehen. Es gilt allerdings zu beachten, dass die Umsetzung dieser Maßnahmen nicht immer im Hoheitsbereich der Stadt liegt.

- Einzelmaßnahmen*
- (36)** städtische Aufforderung zur Abschaffung der Residenzpflicht
 - (37)** Die Potsdamer Ausländerbehörde erweitert ihre Handhabung der Ausnahmegenehmigungen zum Verlassen des zugewiesenen Aufenthaltsbereichs, um die Integration und die Teilhabe der Flüchtlinge am gesellschaftlichen Leben zu fördern.
 - (38)** Abschaffung des Gutscheinsystems bzw. Erweiterung der Barleistungen (wird von der Stadtverordnetenversammlung unterstützt). Kurzfristig könnte ein verstärkter Tausch von Gutscheinen der Flüchtlinge gegen Bargeld durch Potsdamer Bürger/innen realisiert werden.
 - (39)** Verbesserung der Wohnsituation von Flüchtlingen, zum Beispiel durch verstärkte Unterbringung von Flüchtlingen in Wohnungen statt im Heim und keine Konzentration von Flüchtlingswohnungen auf bestimmte Stadtteile
 - (40)** Ausweitung der Alphabetisierungskurse und Sprachkurse für Menschen ausländischer Herkunft

Handlungszuständigkeit Sozialamt, Ausländerbeauftragte, Wohnungsamt, Volkshochschulen, Träger der Asylbewerberheime, Vereine

Maßnahmen zum Abbau von Diskriminierung und Integrationshindernissen durch Potsdamer Behörden und Institutionen

Leitlinien Hier geht es darum, die in den Behördenstrukturen vorhandenen Benachteiligungen von Menschen ausländischer Herkunft aufzuzeigen und abzubauen sowie in diesem Zusammenhang Bedingungen zu schaffen, die die besondere Situation von Migrant/innen berücksichtigen, beispielsweise eine Flexibilisierung der Hilfeleistungen im Sozialamt. Gleichzeitig ist es wichtig, die gegenseitige Wahrnehmung von Behörden und Migrant/innen zu verbessern und so zum gegenseitigen Abbau von Vorurteilen beizutragen. In diesem Zusammenhang sollte die Freistellung von Angestellten der Stadtverwaltung bzw. die Anerkennung von Begegnungen und entsprechenden Fortbildungen als Bildungsurlaub ermöglicht und gefördert werden.

- (41)** weitere Sensibilisierung der sozialen Dienste und Behörden (Schuldnerberatung, Jugendamt, Arbeitsamt, Sozialamt, Gesundheitsamt) und der Polizei für die Probleme von Migrant/innen durch die Erstellung einer entsprechenden Informationsbroschüre, die Bereitstellung von Fortbildungen für Mitarbeiter/innen oder informelle Begegnungen in den Flüchtlingsheimen. *Einzelmaßnahmen*
- (42)** effektivere Arbeitsvermittlung von Flüchtlingen durch das Arbeitsamt, Schaffung einer Kontaktbörse für potenzielle Arbeitgeber
- (43)** Benennung von Verantwortlichen mit spezieller Beratungskompetenz für Migrant/innen und Flüchtlinge in Behörden und sozialen Diensten (zum Beispiel Unterhalts- und Vormundschaftswesen, ASD) und verstärkte Fortbildung für Mitarbeiter/innen in Bezug auf die speziellen Probleme dieser Ratsuchenden
- (44)** Erweiterung der interkulturellen und fremdsprachlichen Kompetenzen der Mitarbeiter/innen von sozialen Diensten und Behörden bzw. Einstellung von muttersprachlichen Fachkräften
- (45)** Begleitung von Flüchtlingen und Migrant/innen bei Behörden-gängen durch Sozialarbeiter/innen

Bürgerinformation, Jugend-, Wohnungs- und Sozialamt, Ausländerbehörde, Sicherheitskonferenz, Polizei, Ausländerbeauftragte, Arbeitsamt, Presseamt *Handlungszuständigkeit*

Maßnahmen gegen rechte Gewalt und Straftaten

Neben der allgemeinen Auseinandersetzung mit rechtsextremer und fremdenfeindlicher Gewalt und der allgemeinen Mobilisierung der Öffentlichkeit ergibt sich deutlicher Handlungsbedarf, Maßnahmen zu entwickeln und umzusetzen, wie bedrohte Bevölkerungsgruppen – Flüchtlinge, Migrant/innen, alternative Jugendszenen – vor gewalttätigen Überfällen geschützt werden können (Prävention) und wie sie in oder nach Übergriffen unterstützt werden können (Intervention / Reaktion). Wichtig ist, dass zur Unterstützung der konkreten Maßnahmen eine positive öffentliche Würdigung erfolgen sollte, wenn jemand in einer konkreten Gewaltsituation im öffentlichen Raum eingegriffen hat. Langfristig gesehen sollte das Bild entwickelt werden, dass es normal und selbstverständlich ist, sich einzumischen. *Leitlinien*

Prävention

Prävention in diesem Bereich heißt, Jugendliche (und auch Erwachsene) aufzuklären und für die Thematik Rechtsextremismus, Fremden-

feindlichkeit und Gewalt zu sensibilisieren. Zum einen geht es also darum, potenzielle Täter zu erreichen. Zum anderen ist es von Bedeutung, potenzielle Opfergruppen in die Lage zu versetzen, mit bedrohlichen Situationen umzugehen und sich zur Wehr zu setzen.

Um das zu erreichen, sollten folgende Angebote entwickelt werden:

- Einzelmaßnahmen*
- (46)** Trainings in den Bereichen Umgang mit eigenen Aggressionen (zum Beispiel Coolness-Trainings), Schulung von Kommunikation, Umgang mit Konflikten. Es gilt, Wege aufzuzeigen, brenzlige Situationen ohne Anwendung von Gewalt zu beenden.
 - (47)** Aufklärung und Hintergründe zum Thema rechte und fremdenfeindliche Bedrohung und Gewalt. Hier kommt es vor allem auch auf die Darstellung von Formen der Gewalt an, um sich mit diesen auseinandersetzen zu können. Diese Maßnahme richtet sich insbesondere an Personen, die in stärkerem Maße davon betroffen sind (Jugendliche, Migrantinnen und Migranten, Senioren ...).
 - (48)** spezielle Trainings und Maßnahmen für Flüchtlinge, zum Beispiel Sicherheitstrainings
 - (49)** Angebot von Trainings „Einmischen lernen“ für alle interessierten Personen zu den Themenbereichen Zivilcourage, Intervention in bedrohlichen und gewaltträchtigen Situationen, Deeskalation

Die Trainings sollten sowohl dezentral als auch dort angeboten werden, wo die Jugendlichen leben bzw. sich aufhalten, zum Beispiel in den Schulen, die Räume zur Verfügung stellen könnten, in Jugendfreizeiteinrichtungen etc.

- Weitere Maßnahmen*
- (50)** Schulprojekt zum Thema Fans und Gewalt: Ausgehend vom Fan-Projekt soll an den Schulen, in die die Fans gehen, mit den Schüler/innen und Lehrer/innen zu diesem Thema gearbeitet werden. Ziel ist die Auseinandersetzung mit den Themen Gewalt und abweichendes Verhalten. Das Projekt soll zu einer dauerhaften Einrichtung an den betreffenden Schulen werden.
 - (51)** Konfliktmanagement / Mediation vor Ort: Es sollte die Möglichkeit geschaffen werden, in Situationen vor Ort, in denen Konflikte langfristig zu eskalieren drohen, Beratung und/oder Konfliktmanagement (zum Beispiel Mediation) niedrigschwellig und kostenlos anzubieten.

Handlungszuständigkeit Sicherheitskonferenz, Jugendamt, Staatliches Schulamt Brandenburg an der Havel, RAA, Ausländergruppen, Opferschutzinitiativen, Fan-Projekt, Zankapfel (Arbeitskreis Mediation), professionelle Anbieter von Trainings in den genannten Themenbereichen

Intervention

Meist ist die Hilflosigkeit groß, wann und wie es möglich und notwendig ist, in sich zuspitzende Situationen einzugreifen. Um hier die Handlungsspielräume sowohl von Multiplikator/innen als auch von Bürger/innen zu erweitern, können – neben den oben erwähnten Trainings „Einmischen lernen“ – im Bereich der Intervention folgende Maßnahmen umgesetzt werden.



(52) Kriseninterventionsteam: Bildung eines Kriseninterventionsteams in Potsdam, um eine zeitnahe Krisenintervention zu gewährleisten. Dieses Kriseninterventionsteam zeichnet sich dadurch aus, dass es mit den räumlichen und strukturellen Gegebenheiten der Stadt vertraut ist. Alle Vereine und Institutionen, die in der Konfliktbewältigung arbeiten, könnten einbezogen werden und ihre Kompetenzen zur Verfügung stellen. Zur Koordination könnte eine AG bei der Sicherheitskonferenz gebildet werden.

Einzelmaßnahmen

(53) Maßnahmen gegen Bedrohungen von Jugendarbeiter/innen und anderen Multiplikator/innen: Es könnte eine Handlungsanleitung in Form einer Broschüre erarbeitet werden, die Hilfestellungen und Verhaltenstipps für konkrete Situationen gibt.

(54) Beobachtung unsicherer Orte: Um rechtzeitig bei bedrohlichen oder eskalierenden Vorfällen im öffentlichen Raum intervenieren zu können, kann eine Beobachtung bzw. Bewachung von unsicheren Orten und Strecken des ÖPNV in den Abend- und Nachtstunden, insbesondere am Wochenende, sinnvoll sein.

Sicherheitskonferenz, Polizei, Ausländerbeauftragte, Jugendamt, Opferschutzinitiativen, Institutionen und Vereine, die im Bereich Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit tätig sind, Medien

Handlungszuständigkeit

Reaktion

Nach Übergriffen oder Überfällen benötigen die Opfer Unterstützung. Neben der konkreten Hilfe für die Opfer zeigt sich an der Bereitstellung von ausreichenden Angeboten in diesem Bereich auch, dass Politik und Gesellschaft das Leid der Opfer ernst nehmen und sich mit ihnen gegen die Täter solidarisieren. Daneben ist es auch notwendig, im Sinne der tertiären Prävention passgenaue Angebote für die Täter um-

zusetzten und Konzepte zu entwickeln, wie ihnen der Ausstieg aus der Szene ermöglicht werden kann.

- Einzelmaßnahmen*
- (55)** Einrichtung einer niedrigschwelligen Anti-Diskriminierungsstelle
 - (56)** Beratung und Begleitung von Jugendlichen, Flüchtlingen etc. nach Überfällen und Übergriffen zur Polizei und zum Gericht. In diesem Kontext ist es wichtig, umfassend über das Hilfesystem aufzuklären, so dass die vorhandenen Möglichkeiten besser ausgenutzt werden können.
 - (57)** Schaffung von niedrigschwelligen Kontaktangeboten für Opfer und Zeugen
 - (58)** Angebot von kostenloser anonymer Rechtsberatung für Opfer
 - (59)** Optimierung der Informationsangebote für Opfer (zum Beispiel Veranstaltungen in Schulen oder in Flüchtlingsheimen)
 - (60)** umfassendes Angebot an Anti-Aggressions-Trainings im Rahmen der Jugendgerichtshilfe

Handlungszuständigkeit Ausländerbeauftragte, Sicherheitskonferenz, Polizei, Opferschutzinitiativen, Jugendamt/Jugendgerichtshilfe

Information, Vernetzung und Öffentlichkeitsarbeit

Information

Leitlinien Ein gut funktionierendes System zu Informationsfluss und -austausch stellt Transparenz her, steigert die Effektivität und verhindert, dass dieselbe Arbeit von verschiedenen Stellen gleichzeitig geleistet wird. Von daher kommt der Optimierung des Informations- und Erfahrungsaustausches bei der Umsetzung eines Lokalen Aktionsplans zentrale Bedeutung zu. So kann beispielsweise auch verhindert werden, dass ähnliche Aktivitäten unkoordiniert parallel laufen und die Akteur/innen zu spät voneinander erfahren.

- Einzelmaßnahmen*
- (61)** Erstellung einer Broschüre zu Angeboten und Ansprechpartnern in den Themenbereichen Zivilcourage, Fremdenfeindlichkeit, Rechtsextremismus. Diese Broschüre sollte *alle* auf diesem Gebiet tätigen Organisationen auflisten. Möglich wäre die Erstellung von zwei Broschüren: eine für die allgemeine Öffentlichkeit und eine, die sich an professionelle Akteurinnen und Akteure sowie Multiplikatorinnen und Multiplikatoren wendet.
 - (62)** Erstellung einer Internetseite für Potsdam zum Thema Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus mit aktuellen Infos, An-

sprechpartner/innen, Aktionen. Um die Seite ständig aktuell halten zu können, sollte sie mit einem Content Management System (CMS) verbunden sein, so dass alle in diesem Feld tätigen Akteurinnen und Akteuren Zugriff auf die Seite haben und ohne großen Aufwand ihre aktuellen Informationen auf die Seite stellen können. Die Internetseite ist mit einem Newsletter verknüpft, der an alle interessierten User regelmäßig verschickt wird.

- (63)** Schaffung eines Überblicks (in Form einer Broschüre oder als Teil einer Internetseite) über die *lokalen und stadtteilorientierten* sozialen Angebote und Aktivitäten gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit

Sicherheitskonferenz, Pressestelle, Ausländerbeauftragte, Jugendamt, Staatliches Schulamt Brandenburg an der Havel

Handlungszuständigkeit

Vernetzung

Hier gilt es, die existierende gute Vernetzung der Einrichtungen und Organisationen, die in Potsdam in den Themenfeldern Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit aktiv sind, weiter auszubauen und noch stärker ressortübergreifend zu gestalten. Speziell eine Erweiterung der Zusammenarbeit und des Erfahrungsaustausches zwischen Jugendhilfe und Schule nimmt in diesem Kontext eine wichtige Rolle ein.

Leitlinien

- (64)** Veranstaltung regelmäßiger *ressortübergreifender* Werkstattkonferenzen, auf denen sich Akteur/innen aus *unterschiedlichen* Arbeitsbereichen kennenlernen und ihre Erfahrungen austauschen können
- (65)** verstärkte Einbeziehung von Universität und Fachhochschule, zum Beispiel bei der Durchführung von aktivierenden Befragungen unter Jugendlichen oder von Mediationen bei Konflikten im öffentlichen Raum
- (66)** verstärkte Nutzung der Regionalen Arbeitskreise, um die Thematik Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit anzugehen und Aktivitäten zu koordinieren
- (67)** Gründung eines „Netzwerkes“ zur Information (regional und überregional), Bereitstellung von Hilfeleistungen, Koordinierung und Ressourcen-optimierung. Dieses Netzwerk soll aus Vertreterinnen und Vertretern von Jugendarbeit, Schule, Schulsozialarbeit, der Ausländerbeauftragten u. a. bestehen.

Einzelmaßnahmen

Sicherheitskonferenz, Jugendamt, Staatliches Schulamt Brandenburg an der Havel, Ausschüsse, Regionale Arbeitskreise, Institutionen, Vereine

Handlungszuständigkeit

Öffentlichkeitsarbeit

Leitlinien Der Öffentlichkeit kommt im Rahmen der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit große Bedeutung zu, denn sie bewirkt ein Klima, in dem bestimmte Taten möglich sind oder eben nicht. Eine wichtige Rolle in diesem Kontext nehmen die Medien ein, die die Haltung der Öffentlichkeit und das allgemeine Sicherheitsgefühl der Bürger/innen stark beeinflussen.

- Einzelmaßnahmen*
- (68)** Durchführung von Kampagnen, die so konkret wie möglich sein sollten, zum Beispiel Aktionen in Schule oder Betrieb wie „Mach meinen Kumpel nicht an!“ oder die Verleihung eines Zertifikats „Schule ohne Rassismus“
 - (69)** Ausweitung bestehender und Entwicklung neuer stadtweiter Kampagnen zur Stärkung von Zivilcourage
 - (70)** verstärkte Öffentlichkeitsarbeit in den Bussen und Bahnen des ÖPNV, zum Beispiel Hinweise auf Beratungs- oder Unterstützungsangebote
 - (71)** öffentliche Auszeichnung von engagierten Bürger/innen
 - (72)** Sensibilisierung der Medien in Hinblick auf die Berichterstattung über rechte Straftaten und über positive Beispiele von Aktivitäten gegen rechts, zum Beispiel durch Gründung eines „Journalistenstammtisches gegen Rechtsextremismus“
 - (73)** Plakataktion „Gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit“: Kinder und Jugendliche entwerfen Plakate, die in der Stadt plakatiert werden

Handlungszuständigkeit Sicherheitskonferenz, Jugendamt, Staatliches Schulamt Brandenburg an der Havel, Medien, Institutionen und Vereine

Fortbildung

Leitlinien Fundiertes Wissen über die verschiedenen Aspekte des Rechtsextremismus, des Alltagsrassismus, über die Situation von Migrant/innen und über die verschiedenen Handlungskonzepte ist eine zentrale Grundlage für die Umsetzung des Aktionsplanes. Notwendig ist in diesem Kontext die Verbreitung und Erweiterung der aktuellen Kenntnisse über Rechtsextremismus und rechtsextreme Jugendkultur bei den beteiligten Akteur/innen. Gleichzeitig sollen durch Fortbildungen der Erfahrungsaustausch und die Reflexion unter den Akteur/innen sowie die Vermittlung und Weiterentwicklung von sozialpädagogischen Handlungskonzepten sichergestellt werden.

- (74) Abgleichen der Fortbildungsinhalte zum Themenkomplex Rechtsextremismus von der Regionalen Arbeitsstelle für Ausländerfragen, dem Mobilien Beratungsteam, den Flüchtlingsinitiativen, der Sicherheitskonferenz sowie der Polizei und Entwicklung eines integrierten Fortbildungskonzeptes im Bausteinsystem. Dieses Fortbildungskonzept könnte im Verbund gemeinsam von Vertreterinnen und Vertretern der benannten unterschiedlichen Arbeitsfelder umgesetzt werden.
- (75) Fortbildungen für Multiplikator/innen in Schule und Jugendhilfe zum Themenkomplex Jugendkultur, insbesondere zu Musik, Geschichte der Jugendkulturen und ihren Symbolen
- (76) Fortbildungen für Multiplikator/innen in Schule und Jugendhilfe „Argumentieren gegen Rechts“
- (77) Fortbildungen für die Mitarbeiter/innen der Stadtverwaltung zu den Themen interkulturelle und kommunikative Kompetenzen
- (78) Fachtage für den Austausch und die Reflexion unterschiedlicher Erfahrungen und Ansätze der Mitarbeiter/innen der offenen Jugendarbeit, der Straßen- und Schulsozialarbeit sowie von Lehrerinnen und Lehrern



Einzelmaßnahmen

Ausländerbeauftragte, Jugendamt, Ordnungsamt, Staatliches Schulamt Brandenburg an der Havel, RAA, MBT, Polizei, Sicherheitskonferenz, Flüchtlingsinitiativen

Handlungszuständigkeit

Sicherung und Steuerung

Die Umsetzung der in diesem Aktionsplan vorgeschlagenen Maßnahmen bedarf einer fachlich fundierten Steuerung und Evaluierung. Da viele Maßnahmen von verschiedenen Akteur/innen aus unterschiedlichen Bereichen durchgeführt werden, bedarf es einer effektiven und effizienten Koordinierung und Begleitung des Aktionsplanes. Darüber hinaus müssen personelle und finanzielle Ressourcen erschlossen werden, was von der Mehrzahl der beteiligten Akteure und Akteurinnen nicht gewährleistet werden kann.

Leitlinien

Servicestelle **(79)** Einrichtung einer *Servicestelle* zur Umsetzung des Aktionsplanes. Aufgaben sind:

- Sammlung und Weiterleitung von Informationen über die derzeitige Situation und Ressourcen, über den Stand der Umsetzung des Aktionsplanes und über die nächsten Umsetzungsschritte
- Vermittlung von Kooperationspartnern für Maßnahmen, Aktionen und Fortbildungen
- Akquise von personellen und finanziellen Ressourcen, das heißt Unterstützung bei Fundraising, Ermittlung und Herstellung von Kontakten zu Programmen und Stiftungen
- Beratung von Interessenten und engagierten Projekten, die sich Informationen, Kooperationspartner oder Unterstützung und Beratung bei der Suche nach Ressourcen wünschen
- Schaffung und Verwaltung eines unbürokratischen Aktionsfonds für Anträge unter 1000 Euro

Beirat lokaler Expertinnen und Experten

(80) Einrichtung eines *Beirats lokaler Expert/innen*, der regelmäßig (mindestens alle zwei bis drei Monate) einberufen wird. Aufgaben sind:

- Impulse und Empfehlungen für die Steuerung und die Umsetzung der Aktivitäten im Rahmen des Aktionsplanes zu geben
- Schwerpunkte zu setzen und deren Umsetzung anzustoßen
- Evaluierung der Ergebnisse, Sicherung der Nachhaltigkeit sowie Einleitung von notwendigen Veränderungen
- Beratung und Kontrolle der Servicestelle

Handlungszuständigkeit Sicherheitskonferenz, Jugendamt, Jugendhilfeausschuss